Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augusthälfte 280 000 Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 20 000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 000.— Mark, auswärtige 35 000.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 24 000 Mk., für Reklamen 120 000 Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 191. Freitag, 17. August 1923. 30. Jahrgang.

Der Weg aus der Not.

Die Ruhraktion Poincarés hat dem Kredit des Deutschen Reiches einen schweren Stoß versetzt. Das verantwortungslose Zaudern der Regierung Cuno in allen finanz- und währungspolitischen Fragen, das Unterlassen der Sicherstellung einer breiten finanziellen Basis für die Abwehraktion an der Ruhr hat den deutschen Kredit weiter erschüttert. Die gänzlich unverantwortliche Haltung der Reichsbank endlich hat vollendet, was so begonnen wurde und hat die Katastrophe der deutschen Währung und der deutschen Reichsfinanzen herbeigeführt. Die Methoden der Kreditaktion im Ruhrgebiet, die allgemeine Kredit- und Diskontpolitik der Reichsbank, die durch Papiermarkkredite zu niedrigen Zinsen weite Wirtschaftskreise an der fortlaufenden Entwertung der Mark interessierte, und ihnen ein wirtschaftliches und soziales Uebergewicht gegenüber den anderen Klassen der Bevölkerung gab, und endlich die verantwortungslose Devisenpolitik gewisser großindustrieller Kreise haben zum völligen Zusammenbruch der deutschen Währung geführt.

Für die deutsche Staatswirtschaft war das Resultat der Zusammenbruch des Reichsbudgets. Das Steuersystem versagte. Nur ein lächerlicher Prozentsatz der Staatsausgaben wurde schließlich noch durch Steuereinnahmen gedeckt. Das Tempo, mit dem die Notenpresse lief, vermehrte sich nach dem Gesetz der zunehmenden Geschwindigkeit. Und doch konnte die äußerste Anspannung des Banknotendrucks angesichts des rasenden Tempos der Geldentwertung den Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft nicht mehr decken. Diese Gestaltung der staatswirtschaftlichen Verhältnisse führte in der Privatwirtschaft dazu, daß eine große Anzahl von Betrieben den Zeitpunkt herannahen sah, an dem es unmöglich werden würde, Rohstoffversorgung und Entlohnung aufrechtzuerhalten und bei dem jeder Absatz der Produkte einen sicheren Verlust bedeuten mußte.

Die soziale Wirkung war drastisch. Die Mark hörte fast auf, Zahlungsmittel zu sein. Die Lebensmittelversorgung geriet zunächst ins Stocken, da die Landwirtschaft als erste anfing, ihre Produkte nicht mehr gegen Papiermark abzugeben. Von der Versorgungsseite her drohte der industriellen Bevölkerung in Deutschland Hungersnot. Diese Drohung wurde verstärkt von der Zahlungsmittelseite her. Es war den Privatwirtschaften nicht mehr möglich, die Papiermarksummen für die Entlohnung der Arbeiterschaft aufzubringen, die angesichts der phantastischen Steigerung der Preise zum Einkauf des notwendigsten Lebensbedarfes notwendig gewesen wäre. Das Resultat war die tatsächliche schlagartig eingesetzte Hungersnot der industriellen und städtischen Bevölkerung. Es wurde der Bevölkerung in schrecklicher Weise vor Augen geführt, daß der Zusammenbruch des Finanzsystems in einem Großstaat vor allem und zuerst die besitzlosen Klassen mit dem Hunger bedroht, der schließlich, wenn den Verhältnissen nicht gesteuert wird, auch nicht vor der wohlhabenden städtischen Bevölkerung Halt macht. Jener Finanztheoretiker hat nur zu recht, der das Wort prägte, daß eine Volkswirtschaft ohne Zahlungsmittel ebensowenig leben, wie ein Mensch ohne Luft atmen könne.

Was war in dieser katastrophalen Situation zu tun? Die Antwort darauf konnte nicht gegeben werden mit den Schlagworten und den Heilslehren der reinen Agitationspolitiker. Es kam nicht darauf an, die natürliche Erregung der Massen der Bevölkerung über die Not dazu zu benutzen, irgend welche dogmatische Sätze in die Massen zu werfen und sie dafür zu begeistern. Es galt vielmehr die praktischen politischen, finanzpolitischen, währungspolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen fest zu umreißen, mit denen dem Zusammenbruch des deutschen Finanzsystems, damit dem Zusammenbruch der Versorgung der Bevölkerung und dem Zusammenbruch der gesamten Volkswirtschaft entgegengewirkt werden konnte. Wer nach den Ursachen dieses Zusammenbruches forschte, vor dem stand die überwältigende Tatsache der ungeheuren Inflation, unter der das deutsche Finanzsystem litt. Das finanzpolitische und das währungspolitische Problem ist als Folge der Ruhraktion zum Zentralproblem der deutschen Volkswirtschaft geworden. **Hier mußte also der Hauptangriff einsetzen.** Das Ziel der finanz- und währungspolitischen Maßnahmen, die unverzüglich notwendig waren, mußte sein: **Abstoppen der Inflation, Ordnung des deutschen Steuersystems auf der Grundlage wertbeständiger Steuern, Schaffung eines festen Fundaments für die Behauptung der deutschen Währung.** Von der sozialen Seite her mußten diese Maßnahmen ergänzt werden durch die Forderung der wertbeständigen Löhne für die Arbeiterschaft. Ihr Sinn ist, in der Uebergangszeit die Kaufkraft der besitzlosen Klassen gegenüber den Besitzenden zu stärken und damit den Industrien für den Massenbedarf die Existenzgrundlage zu erhalten. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen, zielbewußt ergriffen und energisch durchgeführt, mußte zugleich von außenpolitischer Wirkung sein. Es galt, dem Auslande zu zeigen, daß Deutschland entschlossen war, seine Wirtschaft und sein Finanzsystem wieder in Ordnung zu bringen und damit die Grundlage für die Erfüllung der von ihm anerkannten Reparationspflichten zu schaffen. Die Erkenntnis, daß eine Lösung des außenpolitischen Problems durch innere finanz- und währungspolitische Maßnahmen zunächst vorbereitet werden müsse, hat sich in dieser Situation in allen politischen Kreisen durchgesetzt, die Deutschnationalen wie auch die Kommunisten nicht ausgenommen.

Die Sozialdemokratische Partei hat für die Gesamtheit dieser Maßnahmen ein Programm entworfen, das nicht nur die Zielpunkte aufzeigte, sondern auch die augenblicklich praktisch zu verwirklichenden Maßnahmen enthielt. Dies Programm verlangte, daß alle augenblicklich gangbaren Wege zur Rettung der arbeitenden Bevölkerung und der deutschen Wirtschaft eingeschlagen werden sollten. Bei den Vorschlägen handelte es sich um ein praktisches Programm, nicht um eine Utopie. Die vorgeschlagenen Maßnahmen waren durch die wirtschaftliche Situation vorgezeichnet und notwendig. Der Erfolg in der Bekämpfung der gegenwärtigen Notlage ist deshalb zu messen an der Verwirklichung dieses Programms und an der Tatsache, ob dadurch die Lebensmittelversorgung wieder in Gang kommt, ob das Proletariat in die Lage versetzt wird, sich zu versorgen und ob der Fortgang der Produktion gewährleistet wird. Die Diktatur des Proletariats, die man nicht essen kann und von der man nicht leben kann, vermag heute an sich der Bevölkerung zu geben, was sie braucht: die Versorgung zur Behauptung ihrer Existenz.

Für dieses Programm hat die Sozialdemokratie ihre ganze parlamentarische Kraft eingesetzt. **Die katastrophale Situation gab ihr eine starke Stellung im Parlament.** Ihr parlamentarischer Einfluß wurde unterstützt durch zwei Tatsachen: das Bürgertum sah den eigenen wirtschaftlichen Zusammenbruch vor Augen und fürchtete mit dem Proletariat zusammen unterzugehen — die Erregung des Proletariats und die Bewegung der Massen ließ das Bürgertum obendrein fürchten, daß der gemeinsame Untergang sich unter furchtbaren Kämpfen vollziehen werde. In dieser Situation gelang es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — abgesehen vom Regierungswechsel — einen Umschwung der Finanzpolitik des Reiches einzuleiten und in einem parlamentarisch bisher unerhörten Tempo die neue Finanzpolitik auf den von ihr vorgezeichneten Linien vorwärts zu treiben. Darüber näheres in einem folgenden Artikel.

Hält sich die Mark?

An der Berliner Börse wurde am Donnerstag der Dollar wie am vorhergehenden Tage mit 2 700 000 notiert. Im freien Verkehr wurden höhere Kurse genannt; die Steigerung setzte sich in den Nachmittagsstunden fort. Gegen 4 Uhr war ein Kurs von fast 4 Millionen erreicht, ohne daß es zu tatsächlichen Käufen und Verkäufen gekommen war. Die plötzliche und auffällige Steigerung der Wechselkurse scheint im Zusammenhang zu stehen mit großen Verkäufen von Mark, die aus dem Rheinlande gemeldet werden. Sollten diese Angaben richtig sein, so würde damit aufs neue gezeigt werden, daß von der Schwerindustrie des Ruhrgebietes und von den kapitalistischen Kreisen aus dem Rheinlande die Mark aufs neue in den Abgrund gestürzt werden soll. Das ist aber ein Zeichen für die große Geldflüssigkeit. Allem Anschein nach haben also jene Kreise Kredite des Reiches und der Reichsbank sich in einem so großen Maße zu verschaffen gewußt, daß sie aufs neue damit die Mark stürzen können.

Diesem Treiben muß mit der allergrößten Entschiedenheit sofort begegnet werden. Die Eingriffe auf dem Devisenmarkt müssen ergänzt werden durch die sofortige Aenderung der Diskontpolitik der Reichsbank, die ja immer noch auf sich warten läßt und durch die Entziehung der Kredite, sofern sie zu Markspekulationen benutzt werden. Der neue Finanzminister hat hierbei zu zeigen, daß er dasjenige Maß von Energie besitzt, das zur Unterbindung dieses kapitalistischen Treibens notwendig ist.

Daß die Spekulanten kein Mittel scheuen, um die Mark immer mehr und mehr zu ruinieren, beweist folgender Vorfall: An der Berliner Börse war am Donnerstag die Mitteilung verbreitet, daß die Regierung beabsichtige, für die am 25. August zu zahlenden Steuern ein Moratorium zu gewähren. Diese Feststellung ist völlig aus der Luft gegriffen. Sie ist aber ein Zeichen dafür, mit welchen Mitteln gegenwärtig gearbeitet wird, um das Vertrauen zu einer Wiedergesundung unserer Finanzverhältnisse zu untergraben. Wie wir aus dem Reichsfinanzministerium erfahren, wird der Einzug der am 15. und am 25. August fälligen Steuern mit allem Nachdruck betrieben werden. Von einem Moratorium kann in keiner Weise die Rede sein. Die Finanzverhältnisse des Reiches sind so ernst, daß ein Aufschub der Steuern überhaupt nicht in Frage kommt.

Sonderbündelei im Ruhrgebiet?

SPD. Aus dem Ruhrgebiet wird uns folgender Bericht über eine Versammlung der Sonderbündler übermittelt, der einen guten Ueberblick über die geistige Verfassung dieser „Retter der rheinischen Bevölkerung" gibt:

Am Dienstag, dem 7. August, fand im Lokal Flesch in Mülheim-Ruhr eine engere Zusammenkunft von Anhängern der Rheinischen Republik statt. Anwesend waren etwa 35 Personen, die zum Teil seit Jahren im Vordergrunde der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung stehen. Als Referent war der bekannte Bertram Dietz aus Düsseldorf erschienen, der seit Jahren in der syndikalistischen Bewegung an führender Stelle steht. In kurzen Worten führte Dietz aus, daß die Rheinische Republikanische Volkspartei, deren Vorsitzender Josef Smeets sei, nicht auf festem Boden stände. Smeets sei ein Renommist, der gern von sich reden mache. Seine Behauptungen, daß er nach Paris gewesen sei und dort eine Besprechung mit dem französischen Oberkommissar Tirard gehabt habe, seien direkt unwahr. Smeets habe sich vielmehr in der Eifel, wo er die meisten Anhänger habe bei Bekannten aufgehalten. Aus diesem Grunde seien viele Mitglieder aus der Rheinischen Republikanischen Volkspartei ausgetreten und hätten sich der neugegründeten Rheinischen Unabhängigkeitspartei angeschlossen. Die drei Gruppen gingen zwar getrennte Wege, wurden aber vereint schlagen. Die Ausrufung der Rheinischen Republik würde möglichst bald erfolgen und zwar ohne vorherige Abstimmung. Außer Rheinland und Westfalen werde ein Teil von Elsaß-Lothringen, Baden und Hessen-Nassau dem neu zu bildenden Staate einverleibt. Ueber die baldige Ausrufung der Republik Rheinland könne kein Zweifel mehr bestehen. Alle Welt sei dafür, um endgültig einen Wall zwischen Paris und Berlin zu schaffen, was der Friede für Europa bedeuten würde. Das jetzige Deutschland sei nur von den Raubrittern zusammengestohlen worden. Nachdem die Mülheimer Ortsgruppe der Sonderbündler ihren Austritt aus der R. R. V. und ihren Uebertritt zur Rheinischen Unabhängigkeitspartei erklärt hatte, gab Dietz bekannt, daß kein Mitglied mit seiner Gesinnung zurückhalten brauche. Auf dem hiesigen Sekretariat könne ruhig die neue Flagge gehißt werden, da jeder Unfug von den Franzosen geahndet würde. Kein Mitglied brauche sich zu fürchten. Wenn auch zu befürchten stände, daß Sowjetrußland Deutschland zu Hilfe kommen würde, so sei doch auch zu bedenken, daß die richtige Kultur nur aus dem Westen komme.

*

SPD. Elberfeld, 16. August. (Eig. Drahtb.)

In Datteln fand am Donnerstag vormittag vor den Toren des Ortes eine stark besuchte Versammlung der streikenden Belegschaften der Zechen „Ewald" und „Emscher-Lippe" statt. Im Anschluß an diese Versammlung zogen die Demonstranten zum größten Teil nach Erkenschwik, wohin zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Polizei von Datteln entsandt ist. Am Donnerstag abend trafen neue polizeiliche Verstärkungen aus Gelsenkirchen und Wattenscheid ein. Unter den wegen Teilnahme an den letzten Unruhen von der Polizei Verhafteten befindet sich auch ein kommunistischer Gemeindevertreter aus Datteln.

Die Druckereien Krüwel und Ruhfuß in Dortmund sind am Donnerstagmorgen unter Mitnahme von 300 Millionen Mark Notgeld der Stadt Herne und drei Milliarden Mark Reichsgeld von den Franzosen geräumt worden. In Bochum haben die Franzosen das neue Notgeld unmittelbar vor der Herausgabe und die zur Herstellung des Notgeldes benutzten Platten beschlagnahmt.

Die Verkehrssperre, deren Aufhebung für die Nacht vom 16. zum 17. August in Aussicht gestellt wurde, ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Zu Tode geprügelt.

SPD. Elberfeld, 16. August. (Eig. Drahtb.)

Am 30. Juli wurde der auf der Chemischen Industrie in Gelsenkirchen beschäftigte Vorarbeiter Heinrich Heidekamp aus Buer-Beckhausen auf dem Heimwege von belgischen Posten festgenommen und der Wache im Hafenrestaurant zugeführt. Die Belgier übergaben ihn nach telephonischem Anruf der Gelsenkirchener blauen Polizei als angeblich sinnlos betrunken. Einwendungen von deutscher Seite, daß Heidekamp nicht betrunken sei, sondern auf eine andere Art und Weise die Besinnung verloren haben müsse, wurden von den Belgiern in der schärfsten Weise zurückgewiesen. H. wurde in das evangelische Krankenhaus eingeliefert, wo er am 1. August gestorben ist, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Nach Feststellungen des Arztes, der die Leichenobduktion vornahm, muß H. zu Tode geprügelt worden sein, da der ganze Körper schwarze und blaue Striemen aufwies.

Verbote.

Der preußische Innenminister Genosse Severing hat auf Grund des § 14 Abs. 2 in Verbindung mit § 7 Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutz der Republik den kommunistischen „Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte" zu Berlin nebst seinen Unterausschüssen, darunter auch den sogenannten „Fünfzehnerausschuß der Betriebsräte für Groß-Berlin" aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß der Reichsausschuß der Betriebsräte bestimmenden Einfluß auf die Bildung und Betätigung der verbotenen proletarischen Hundertschaften ausübe.

*

Wegen ihrer alles Maß übersteigenden Hetze gegen Reichskanzler Stresemann wurde die „Deutsche Zeitung" ab Freitag auf drei Tage verboten.

Sicherung der Ernährung!

Am Freitag, dem 17. August, treten im Reichsernährungsministerium die Ernährungsminister der Länder zusammen. Es sollen außer Vorschlägen des Reichsernährungsministers zur Versorgungswirtschaft auch die Anregungen der Landesregierungen zur Sicherung unserer Ernährung besprochen werden. Neben der Verlängerung der Geltungsdauer der Brotkarte bis zum 15. Oktober wird an eine monopolartige Erfassung des In- und Auslandsgetreides gedacht. Die Tatsache, daß der Geschäftsbericht der Getreide-Einfuhrgesellschaft, die bisher allein berechtigt war, Auslandsgetreide für Rechnung der Reichsgetreidestelle nach Deutschland einzuführen, verhältnismäßig günstig lautete, hat sicherlich zugunsten derartiger Gedanken gewirkt. Jedenfalls verlangt dieser Geschäftsbericht, der die Kosten der Gesamtbewirtschaftung durch die Gesellschaft seit 1919 auf ⅝ pro Mille beziffert und nach dem der gesamte Handel, der die Geschäfte durchführte, im allgemeinen einen Bruttoverdienst von 12 % hatte (wovon die beträchtlichen Kosten für Angestellte, Bureaus, Telephon, Kabel usw. abgingen), ferner aber auch zwischen dem Verkäufer im Ausland bis zu dem deutschen Müller, an den die Ware nach Anweisung der Reichsgetreidestelle geliefert wurde, nur ein Zwischennutzen von 0,56 % stand, ernste Beachtung. Von einer Rückkehr zur alten Getreideumlage kann wohl kaum die Rede mehr sein. Aber Reich und Länder können auch nicht die Brotversorgungsfrage völlig aus der Hand geben. Auf das Brotkartensystem kann unmöglich ganz verzichtet werden, **wenn man natürlich auch den jetzt bestehenden Kreis der Brotkartenbezieher einengen muß.** Bei freier Getreidewirtschaft würden übrigens infolge der schwierigen Geldverhältnisse in kurzer Zeit Müller und Bäcker in Schwierigkeiten geraten und ebenso sollte man nicht die Gefahren vergessen, die sich bei freier Wirtschaft leicht durch verspäteten und verschleppten Drusch des Getreides einstellen können.

Zur besseren Fleischversorgung wird die Wiedereinführung der alten Viehlieferungsverbände in irgend einer Form erwogen.

Von den freien Gewerkschaften ist den maßgebenden Regierungsstellen geraten worden, mit den Ländern, die von Deutschland Saatgut beziehen (Polen, Rumänien, Tschechoslowakei u. a.) einen Tauschverkehr einzurichten; z. B. Kartoffeln gegen Saatkartoffeln, Brotgetreide gegen Saatroggen oder Kali gegen Kartoffeln usw.) Auch sollen die Lebensmitteleinfuhr mit den östlichen Agrarländern möglichst erleichtert werden, da hier die Devisenfrage keine so wichtige Rolle spielt. Zur Ausschaltung des verteuernden Zwischenhandels seien direkte Lieferungsabschlüsse zwischen den landwirtschaftlichen Produzenten und den Verbrauchergruppen notwendig. Wenn die Konsumgenossenschaften, die übrigens gegenwärtig in direkten Verhandlungen mit den Hauptorganisationen der Landwirtschaft wegen Lieferungsabschlüssen in Verbindung getreten sind, bezüglich der etwas riskanten Kartoffellieferung sich ein wenig zurückhielten, dann müßten eben andere Verbrauchergruppen hier einspringen.

Es wird keine leichte Aufgabe für die Ernährungsministerkonferenz sein, aus all den vorliegenden Plänen und Anregungen ein klares und zweckmäßiges Ernährungsprogramm aufzurollen, das Garantien für eine ordnungsmäßige Verteilung der diesjährigen guten Ernte gibt.

Sozialdemokratische Vorherrschaft?

Die deutschnationale Presse tobt!

Wie Helfferich im Reichstage, so tobt jetzt auch die deutschnationale Presse gegen den Sachwertantrag, den die Koalitionsparteien am 15. August im Reichstage angenommen haben. U. a. schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“:

„Hinter der verklausulierten Fassung dieser Entschließung verbirgt sich naturgemäß nichts anderes, als die von den Sozialdemokraten zum Programmpunkt der Koalitionspolitik erhobene Sachwerterfassung. . . . Man hat hier eine Illustration in welchem Umfang tatsächlich die sozialdemokratische Vorherrschaft innerhalb der großen Koalition zur Geltung kommt, wie ängstlich die bürgerlichen Parteien bemüht sind, auch das leiseste Stirnrunzeln der Gestrengen von links durch entsprechendes Wohlverhalten zu verhindern, wie sie sich von vornherein schon wieder darauf einstellen, irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten zwischen sich und der Sozialdemokratie auszuweichen, sie hinauszuschieben, bis dann schließlich erfahrungsgemäß der Zeitpunkt kommt, in dem die Sozialdemokratie die Macht zu haben glaubt, diese Meinungsverschiedenheiten durch ein Diktat von ihrer Seite einfach und schmerzlos aus der Welt zu schaffen. Man wird also mit einigem Interesse der weiteren Entwicklung dieser Materie entgegensehen können, wenn im September im Verfolg der gestern angenommenen Entschließung die Regierung unter der Aegide des sozialistischen Herrn Hilferding als Reichsfinanzminister, die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Sachwerterfassung vorgelegt.“

Wenn auch diese Darstellung starke Uebertreibungen enthält — so weist sie doch richtig darauf hin, daß mit der Annahme dieses von der Sozialdemokratie verlangten Antrages der erste gesetzgeberische Schritt zu dem lang ersehnten Ziele ist, die Sachwertbesitzer zu den Lasten der Allgemeinheit heranzuziehen. Der Deutschen Volkspartei wird vorgeworfen, daß sie früher einmal Deutschland von roten Ketten befreien wollte. Daß in der Tat auch in der Volkspartei die Erkenntnis wächst, daß die Sachwertbesitzer nicht wie bisher finanziell geschont werden dürfen, kann man leicht erkennen, wenn man ihre heutige Stellungnahme mit ihrer früheren vergleicht. So hat z. B. Herr Dr. Becker am 4. April 1922 im Reichstag erklärt:

„Ich möchte feststellen, daß mir eine etwaige Erfassung der Sachwerte, an die vielleicht die Regierung oder eine spätere Regierung denken könnten, **genau so scharf ablehnen wie Sie, Herr Helfferich,** und auch in Zukunft genau so scharf bekämpfen werden, wie wir das bisher getan haben.“

Bei diesem engen Bündnis zwischen der Volkspartei und Herrn Helfferich kann man es verständlich finden, daß der Letztere jetzt tobt, wenn die Volkspartei Ansätze zeigt, sich aus seinem gefährlichen Schlepptau zu befreien.

Beschlüsse des Parteiausschusses.

Am Donnerstag trat der Parteiausschuß zur Beratung der politischen Lage in Berlin zusammen. Genosse Hermann Müller gab ein einleitendes Referat über die politischen Vorgänge der letzten acht Tage. Nach ausgiebiger Aussprache fand folgende Entschließung mit übergroßer Mehrheit Annahme:

„Der Parteiausschuß erkennt an, daß die Reichstagsfraktion das Kabinett Cuno zum Rücktritt gezwungen hat und billigt nach Lage der Dinge den Eintritt der Partei in die Regierung. Der Parteiausschuß hält eine wachsame und eifrige Tätigkeit der sozialdemokratischen Minister im Kabinett Stresemann sowie der gesamten Fraktion für erforderlich, um die Durchführung des von der gesamten Partei gebilligten Aktionsprogramms und weiterer in dieser Richtung liegender Forderungen durchzusetzen.

Der Parteiausschuß fordert die Parteigenossen im Lande auf, alles zu tun, was geeignet ist, unsere Minister und die Fraktion in diesem Kampf zu unterstützen.“

Abgelehnt wurde zuvor ein Antrag Sender und Genossen, der sich gegen die große Koalition aussprach. Auch ein Antrag Sander-Dresden, zur Besprechung der politischen Lage einen Parteitag einzuberufen, fand gegen wenige Stimmen Ablehnung.

Zu Beginn der Tagung befaßte sich der Parteiausschuß mit der Beitragsfrage, die angesichts der Markkatastrophe der letzten Wochen für den Bestand der Parteiorganisation ausschlaggebend ist. Nach einem Referat des Genossen Bartels und einer längeren Debatte wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Mindestbeitrag beträgt ab 1. September die Durchschnittshöhe eines Viertelstundenlohnes. **Er beträgt ab 1. September pro Woche für Männer 50 000 Mk. und für Frauen 20 000 Mk. Davon werden an den Parteivorstand abgeführt 10 000 Mk. für Männer und 4000 Mk. für Frauen.“**

Entspannung in Schlesien.

SPD. Breslau, 16. August. (Eig. Drahtber.)

Die Lage in der Provinz Schlesien hat sich entschieden gebessert. Auf den Gruben in Rothenburg, Kreis Landeshut, wurde die Arbeit restlos wieder aufgenommen. In Landeshut selbst geht der Streik der Textilarbeiter noch weiter. Die Bewegung ist jedoch nicht rein politisch, sondern die wirtschaftlichen Fragen sind in den Vordergrund gerückt. Die Textilarbeiter verlangen eine Wirtschaftsbeihilfe von 10 Millionen für Verheiratete und 5 Millionen für Ledige. Im Kreise Waldenburg sind die Belegschaften des unteren Reviers wieder restlos, des oberen zum Teil eingefahren. Die Textil- und keramischen Arbeiter des Kreises Waldenburg haben die Arbeit ebenfalls wieder aufgenommen. Im Kreise Reichenbach arbeiten die Textilarbeiter nur in Oberbielau wieder, in den übrigen Ortschaften wird noch gestreikt. Zu Plünderungen ist es in der Provinz nur vereinzelt gekommen.

Sowjetkreuz und Hakenstern.

Reventlow gibt Radek Vorschriften.

In seiner „Reichswarte“ setzt der bekannte U-Boot-Graf Reventlow die freundschaftliche Aussprache mit den Kommunisten über die Kooperation von Sowjetstern und Hakenkreuz fort. Allerdings macht er einige sehr erhebliche Einschränkungen, die er vorsichtigerweise den Lesern der „Roten Fahne“ nicht vorgesetzt hat.

Er versichert, daß er bei den Kommunisten drei verschiedene Gruppen fand: 1. Idealisten, die als deutsche Weltverbesserer alles mit dem Strahle der eigenen Hoffnung vergolden; 2. Deutsche, die meist von der Sozialdemokratie kamen; 3. Juden, die die politische Führung haben, wie in Sowjetrußland und jetzt die russische proletarische Diktatur und die jüdische Internationale auch auf Deutschland übertragen wollen. Anschließend daran fährt Reventlow fort:

Daß es in diesen Fragen eine Einigung, eine Verständigung und ein Zusammengehen zwischen Völkischen und Kommunisten nicht geben kann, **solange die letzteren so bleiben, wie sie sind, ist selbstverständlich.** Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Klarheit hierüber auf der völkischen Seite nie verloren gehe. Die Masse der deutschen Kommunisten aber gibt sich über die Zustände in Sowjetrußland Illusionen hin, lebt auch sonst von den Phrasen, mit denen die Moskauer Propaganda sie füttert. Im Grunde ist der Masse der deutschen Kommunisten die Internationale gleichgültig; sie wird sie verfluchen, sobald sie begreift, daß sie kein Rettungsboot ist, sondern eine Fallgrube. Dasselbe würde von den übrigen sowjetistischen Plakatidealen gelten. Auch der deutsche Durchschnittskommunist aber ist mit Recht über die deutschen Zustände außer sich und möchte sie durch Radikalmittel beseitigen und durch bessere ersetzen.

Reventlow gibt weiter zu, daß „sich schon lange vor der Schlageterrede Radeks in Versammlungen und privaten Unterhaltungen Berührungspunkte zwischen Völkischen und Kommunisten ergaben“. Aber schließlich:

Die Völkischen, wo immer sie mit den Kommunisten zusammenkommen, dürfen auch nicht vergessen, **daß die kommunistischen Führer, entweder als Juden von Natur** auf Internationale und Internationalismus eingeschworen sind, oder, wenn Deutsche, **unter der jüdischen Führung stehen.** Auch dieser Punkt ist **dauernd, besonders bei allen persönlichen Annäherungen im Auge zu behalten.** Ebenso wenig darf vergessen werden, daß nicht sie, daß nicht wir Völkischen um die Kommunisten werben, sondern daß die Sache umgekehrt liegt. Der Völkische muß sich in diesem Zusammenhange sagen, daß die Moskauer Führer, wenn sie den Kommunismus in Deutschland wirklich so stark glaubten, wie sie behaupten es zu tun, schwerlich an die Völkischen und noch dazu in dieser Weise herangetreten sein würden. Die kommunistische Werbung kann — und dieser Gesichtspunkt entspricht der tatsächlichen Wirklichkeit — bei den Völkischen lediglich das Bewußtsein ihrer Stärke und damit ihr Selbstbewußtsein erhöhen.

Für die Arbeiter, die sich noch immer für Kommunisten halten, wird diese Auslassung Reventlows gewiß überraschend kommen. Sie hatten sich schon eingebildet, durch die schlaue Taktik ihrer Radek und Frölich die völkischen Sturmtrupps vor dem KPD.-Karren gespannt zu haben. Und nun erfahren sie — allerdings nicht durch die „Rote Fahne“ — daß die Völkischen lediglich auf kommunistische Dumme warten . . .!

Europa im Lichte amerikanischen Humors.

Von Dr. R. Kuczynski.

Es gibt Völker, deren Humor ein völlig verzerrtes Bild von ihrer Lebensanschauung wiederspiegelt. Wollte man z. B. das französische Volk nach seinem Humor beurteilen, so käme man wohl zu dem unsinnigen Ergebnis, daß sein Sinnen und Trachten ausschließlich auf Erotik gerichtet sei, ja, daß dieses Volk, das erst jüngst in dem Weltkrieg seine ungebrochene Kraft und Zähigkeit aufs neue erwiesen hat, offenbar degeneriert sei. Umgekehrt habe ich immer den Eindruck gehabt, daß der Humor der Amerikaner recht wahrheitsgetreu die Empfindungen zum Ausdruck bringt, die dieses Volk tatsächlich beherrschen. Es erscheint mir daher nicht unnütz, aus der amerikanischen Presse eine Reihe von Glossen zur europäischen Frage anzuführen. Dabei möchte ich vorausschicken, daß die außenpolitischen Glossen in der hiesigen Presse zurzeit keinen guten Maßstab für den amerikanischen Humor im allgemeinen bieten, weil sie großenteils gerade das vermissen lassen, was den Reiz des amerikanischen Humors ausmacht: die Harmlosigkeit. Ueberdies muß ich gerade auf die Wiedergabe der besten Witze verzichten, weil sie aus unübersetzbaren Wortspielen bestehen.

Die deutsche Mark.

Die deutsche Mark beweist der Welt, daß es kein absolutes Nichts gibt.

Die Deutschen beschuldigen die Franzosen, Marknoten zu fälschen. Krieg und Wiederaufbau haben ihren schwachen Sinn für Humor nicht geschärft.

Wenn einen gewöhnlichen Menschen, der nach dem Dach eines fünfzehnstöckigen Gebäudes guckt, schon das Genick schmerzt, was muß da erst die deutsche Mark empfinden, wenn sie zu dem Dollar aufschaut.

Wer will behaupten, aller Glaube sei aus der Welt entschwunden? Einige Leute erwarten eine Markhausse.

Die Reparationsfrage.

Deutschland scheint sich für alles zu interessieren, nur nicht für seine Schulden.

Was den Deutschen am meisten Kopfzerbrechen zu machen könnte, ist, wieso sie nicht die übrige Welt so leicht betrügen können wie sich selbst.

Die Entschädigung, die Deutschland zu zahlen bereit ist, beträgt rund 60 000 000 000 Mark.

Die Stone-Jardiner behaupten, die Vereinigten Staaten schulden ihnen die nämliche Summe von 750 Millionen Dollars. Wir wollen bloß hoffen, daß sie nicht das Pittsburgher Kohlenrezept befolgen.

Deutschland schuldet uns 1 479 064 313 Dollar und 92 Cents. Vielleicht kriegen wir die 92 Cents.

Deutschland kann seine Schulden an die Vereinigten Staaten erst zahlen, wenn es sie in Mark umgerechnet hat, und das mag mehrere Jahre dauern.

Es kann keine Ruhe geben, solange die eine Hälfte der Welt an Deutschland als Schuldner denkt und die andere Hälfte an Deutschland als Kunden.

Der Balkan.

Man kann in Bulgarien sehr alt werden, wenn man Joghurt trinkt und sich von der Politik fernhält.

Bulgarien glaubt, daß es sich zwischen den einzelnen auswärtigen Kriegen hindurchstreiten kann, wenn es nur hie und da zur Uebung einen Bürgerkrieg einschiebt.

Die Türken haben Pech. Das Heer hat seit Monaten keinen Sold erhalten, und es gibt da nur wenige amerikanische Touristen, die man gefangen nehmen könnte.

Petroleum.

Der Oelzweig kann nicht länger Friedenssymbol sein, er enthält Oel.

Das Räuberunwesen in China scheint so arg zu sein, daß es bei der schweren Verantwortung, die auf uns als den sittlichen Führern der Welt lastet, unsere nationale Pflicht werden mag, hinüberzugehen und die Provinzen, wo die ergiebigsten Petroleumquellen sind, in unsere Obhut zu nehmen.

Die türkische Konzession an Amerikaner muß schon sehr gut sein. Man hat dem Publikum keine Aktien angeboten.

Es sieht ganz so aus als ob das Bild der internationalen Beziehungen in der allernächsten Zukunft ein Oelbild sein wird.

Weltpolitik.

Ein Engländer sagt, die Amerikaner kennen die Geographie schlecht. Das liegt einfach daran, daß die Europäer sie immerzu ändern.

Einige europäische Länder laden amerikanische Touristen ein, hinüberzukommen; aber die Einladung ist nicht so dringlich wie 1917.

Der nächste Krieg wird in der Luft ausgefochten werden. Das wird es den meisten europäischen Staatsmännern ermöglichen, ihn aus nächster Nähe zu betrachten.

Der Diplomatie ist es nicht gelungen, den Krieg zu verhüten, und jetzt ist sie unfähig, einen Frieden zustande zu bringen. Aber abgesehen davon ist sie vortrefflich.

Einen Frieden von der Diplomatie zu erhoffen, erinnert uns an den Mann, der einen Hut trägt, bis er kahl wird, und dann einen Hut trägt, um die Glatze zu verstecken.

Die Franzosen sagen, wir haben mehr Gold als uns gut ist. Nun, wenn wir schon unter etwas leiden sollen, leiden wir vielleicht noch am liebsten unter zuviel Gold.

Wenn das Weltschiedsgericht die Parole bei unseren nächsten Wahlen sein sollte, so werden nicht übermäßig viel Menschen vor Aufregung sterben.

Verstehen Sie das denn nicht? Jede Nation muß eine große Armee und eine große Flotte haben, um den Militarismus bei den anderen Nationen zu schwächen.

Wenn der Richter Gary recht hat und die Welt nichts Besseres finden kann als Christlichkeit, wäre es vielleicht ein guter Gedanke, es einmal damit zu versuchen.

Umsturz im Lokomotivbau. Im Lokomotivbau bereitet sich eine Revolution vor: die gute, alte Kolbendampfmaschine soll durch die Turbine ersetzt werden. Seit der Geburt der Lokomotive kennt man es nicht anders, als daß die Kolbenmaschine zu ihrem Antrieb verwendet wird und wenn sie auch im Laufe eines Jahrhunderts in mancher Hinsicht verbessert und auch immer komplizierter wurde, so hat sich im Prinzip dennoch sehr wenig an dem Gesamtaufbau der Lokomotive geändert. Das soll nun anders werden. Das prächtige, gerade das Auge so entzückende Spiel der Kolben-, Pleuel-, Kuppel- und Schieberstangen soll wegfallen, nicht wird äußerlich die Bewegungsvorgänge erkennen lassen. Es ist als ob ein Stück Romantik auf dem Gebiete des Maschinenbaues verschwinden sollte und vielleicht wird es Leute geben, die hier ähnliche Klagelieder anstimmen wie zu jener Zeit, als die Segelschiffe dem Dampfer weichen mußten. Schon im Aufbau der Lokomotive ist ein grundlegender Unterschied. Während bei den bisher üblichen Lokomotiven der Tender lediglich den mitzuführenden Kohlen und Wasservorrat trug, ist bei der neuen Lokomotive, die von dem schwedischen Ingenieur Fred Ljungström durchkonstruiert wurde, der Tender der Träger der Antriebsmaschine, die ihren Dampf vom Kesselwagen empfängt, den der Tender, der sonst gezogen wurde, vor sich herschiebt. Der Kesselwagen trägt Dampfkessel, Feuerbüchse, Ueberhitzer und Luftvorwärmer, in ihm ist der Führerstand mit den Meßinstrumenten und der Steuerung untergebracht, während von einem über dem Kessel angebrachten Isolierraum die mitzuführende Kohle aufgenommen wird. Der Tender trägt dagegen außer der Turbine noch einen, fast den ganzen Wagen ausfüllenden Kondensator und Heißdampfbehälter nebst Zubehör. Die Turbine von 1800 PS treibt durch Zahnradgetriebe drei Räderpaare an. Die Gesamtlänge des Maschinenaggregats beträgt 22 Meter, sein Gewicht 126 Tonnen. Der Hauptvorzug der neuen Lokomotive ist vor allem in der großen Brennstoffersparnis zu suchen. Sie benötigt nur die Hälfte Brennstoff bei gleicher Leistung wie die mit Kolbendampfmaschinen ausgerüsteten Lokomotiven, denen sie aber in bezug auf Schnelligkeit nicht nachsteht. Zum ersten Male ist hier bei dem Bau einer Lokomotive mit gutem Ergebnisse die Luftvorwärmung angewandt worden. Kalte Außenluft tritt an der Stirnseite des Kessels ein und wird durch Heizgase erhitzt, bestreicht dann erst die Feuerbüchse und unterstützt so die Verbrennung. Dann strömt sie durch die Siederöhren in den Ueberhitzer und besitzt bei ihrem Austritt aus diesem eine Temperatur von 315 Grad C. Der erzeugte überhitzte Dampf treibt nun die Turbine. Der Abdampf aber tritt nicht ins Freie, sondern geht in den Kondensator, der durch Luft gekühlt wird, die durch bewegliche Schlitze an den Seitenwänden des Tenders eintritt. Das sich bildende Kondenzwasser wird durch einen Heißwasserpumpf aufgefangen und dann von einer Pumpe nach oben unter das Dach des Tenders gefördert, wo es sich in Wasserbehältern sammelt. In einer Reihe von Vorwärmern wird das Wasser auf eine Temperatur von 111 Grad C. gebracht und dann in den Kessel zurückgeleitet, worauf sich das Spiel von neuem wiederholt. Alle Antriebsteile der Lokomotive sind eingekapselt und so vor dem Eindringen von Staub gesichert. Da so auch das Schmieröl viel rationeller ausgenutzt werden kann, vermag die Lokomotive ohne größere Pausen viel längere Strecken zu durchfahren als dies bei den bisherigen Maschinen möglich ist. Mit dieser neuen Konstruktion eröffnet sich die Möglichkeit, den Betrieb der Eisenbahnen wirtschaftlicher als bisher zu gestalten. Gerade das an Kohlen so arme Deutschland, das noch immer dabei ist, seinen Lokomotivpark zu ergänzen, sollte der Turbinenlokomotive die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen.

Die Lehren eines Kampfes

Der mit soviel Theaterdonner von den Kommunisten in Szene gesetzte Kampf ist abgeblasen. Eine Woche sinnloser Teilaktionen, eine Woche größter Erregung, eine Woche völliger Verwirrung, das ist das Ergebnis der Aktion. „Die Schlacht ist abgebrochen," so schreibt die Rote Fahne resigniert. Aber wie oft sind nunmehr derartige „Schlachten" abgebrochen worden, und schon immer kam die Ernüchterung wie ein kalter Wasserstrahl über die Massen, wenn sich von neuem ergab, daß durch wilde Teilaktionen der Arbeiterklasse nicht nur nicht geholfen werden kann, sondern daß sie lediglich einen Kräfteverlust bedeuten, der sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen am Lohnzahlungstag besonders empfindlich bemerkbar machen wird. Wie oft waren wir nun schon gezwungen, das Fazit aus derartigen Aktionen zu ziehen. Es ist immer wieder dasselbe. In unverantwortlicher Weise soll die Arbeiterklasse vor den Karren einer Partei gespannt werden, deren Direktiven noch nicht einmal dem Gehirn der Führer im eigenen Lande entstammen, sondern die unter Zuhilfenahme der modernsten Verkehrstechnik tagtäglich brühwarm aus Moskau übermittelt werden. Das haben wir den Arbeitern unendlich oft gesagt, aber immer wieder lassen sich auch sozialistisch geschulte Arbeiter vor den Parteikarren der Moskauer Zentrale spannen.

Der Kampf ist abgebrochen, nachdem weder Berlin noch das mitteldeutsche Industriegebiet den Streikparolen der Kommunisten folgten. In Süddeutschland vermochten die Kommunisten überhaupt nichts anzufangen, und die größte Enttäuschung war wohl, daß sich die Eisenbahner trotz des von den Kommunisten so lebhaft unterstützten Streiks im vorigen Jahre vollständig passiv verhielten. Alles das ist bestimmend gewesen, wenn am gestrigen Tage die Reichszentrale der KPD. die neueste Manöverübung abgeblasen hat. Dabei in Berlin dieselben Erscheinungen, wie auch in Leipzig. Die Parolen Radeks, Einfluß auf die faszistisch orientierten Massen des Volkes zu gewinnen, verbieten eine allzu starke Verschärfung des Kampfes. Aber alle die Geister, die die Kommunisten riefen, nun werden sie sie nimmer los. In Berlin hat sich die kommunistische Nebenregierung, der Reichsausschuß der Betriebsräte, in scharfen Angriffen gegen die Rückzugsmanöver der Zentrale gewandt. In Leipzig dieselbe Erscheinung. Am gestrigen Nachmittag hat eine von den Kommunisten eingeladene Betriebsräteversammlung zwar mit Ach und Krach den Parolen der kommunistischen Zentrale zugestimmt. Aber es mag für den sonstigen Heerrufer im Streite, den Kommunisten Liebe-rasch, sehr bitter gewesen sein, als ihm in wüstem Tumult dieselben Schimpfworte an den Kopf flogen, die sonst unausgesetzt den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führern entgegengeschleudert werden. Es mag bitter sein, von den eigenen Genossen als Bremser bezeichnet zu werden, und es mag noch bitterer sein, wenn die zerrissenen Mitgliedsbücher der kommunistischen Partei im großen Saale des Volkshauses umherflattern, in einem Augenblick, wo man die Initiative gegen die angebliche Bremstaktik der Sozialdemokraten einleiten wollte.

Wir haben es schon oft gesagt. Auch die Kommunisten sind gezwungen, mit Wasser zu kochen. Das hat die letzte Bewegung mit aller Klarheit gelehrt. Zuletzt aber muß auch dem ungeschultesten Arbeiter klar werden, daß man unmöglich eine Aktion mit so gewaltigem Donner einleiten kann, um sie dann nach wenigen Stunden völlig ergebnislos wieder abzublasen. Am Montag nachmittag noch schwellte den Kommunisten der Kamm. Der Generalstreik wurde beschlossen. Aber was ist eine Generalstreikaktion, bei der die Arbeiter mit dem Knüppel aus den Betrieben geholt werden müssen und bei der Betriebe lediglich geschlossen werden, um die Fensterscheiben heil zu lassen. Es war ein geradezu beschämendes Beispiel, wie sich Arbeiter, die seit Jahrzehnten im Kampfe gegen den Kapitalismus standen, die an vorderster Stelle, allen Gefahren trotzend, kämpften und sich jetzt durch einige bartlose Jünglinge, denen noch nicht einmal das Abc des Sozialismus eingegangen ist, tyrannisieren ließen. Tausende von Arbeitern wichen der Gewalt, aber das Völkchen, das gestern von Betrieb zu Betrieb zog und die kühler denkenden Arbeiter zur Betriebseinstellung zwang, ist so unendlich feige, daß ihnen wahrhaftig ein stärkerer Widerstand entgegengesetzt werden müßte.

Was soll aus der deutschen Arbeiterbewegung werden, wenn mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Knüppel und Zaunlatten der Kampf geführt werden soll, wenn durch Mittel des Terrors weiten Schichten der Arbeiter eine sich als völlig verfehlt erwiesene Taktik aufgezwungen werden soll? Bis weit in die kommunistischen Kreise hinein wird sich nunmehr bei kühler Ueberlegung und nach einem Rückblick über die Ereignisse der letzten Tage zeigen, wie unzweckmäßig auch diese Aktion wieder gewesen ist. Das Elend der Arbeiterklasse ist grenzenlos. Aber auch durch einen Generalstreik, selbst durch eine noch so radikal orientierte Arbeiter- und Bauernregierung wären die Ursachen dieses Elendes, nämlich die Inflation, die ungeheuere Notenflut, mit allen ihren Auswirkungen zuerst nicht aus der Welt zu schaffen. Es mangelt an Zahlungsmitteln. Kein Betrieb war imstande, die erforderlichen Papiernoten zu beschaffen, und ausgesprochen in diesem Augenblick treten jene Betriebe in den Streik, denen es obliegt, diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Die Sozialdemokratische Partei, die Führer der Gewerkschaften haben von Anfang an gewarnt. Leider aber kann nicht gesagt werden, daß alle sozialistisch orientierten Arbeiter ihren Parolen gefolgt wären. Kleinmütigkeit, das ist leider das Kennzeichen auch langjährig geschulter Parteigenossen, die immer gleich in Wallung kommen, wenn sich die Instanzen der Partei nicht ohne weiteres durch die Parolenschusterei der Kommunisten einfangen lassen. Wie oft hat sich nun seit dem 9. November gezeigt, daß durch solche wilde Aktionen nichts erreicht, vielmehr die Arbeiterklasse nur geschädigt werden kann. Aber immer wieder fallen Tausende auf die Parolen der Kommunisten hinein.

Gegen wen war die nunmehr verflossene Aktion der Kommunisten gerichtet? Gegen die kapitalistische Gesellschaft? Gegen den Faszismus? Man lese doch in den Spalten der kommunistischen Zeitungen nach, man vergegenwärtige sich die Versammlungsreden, die in den letzten Tagen geschwungen wurden und überall waren es die Sozialdemokraten und die „Gewerkschaftsbonzen", die im Vordergrunde der Angriffe standen. Wie soll man auch den Kampf führen gegen die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse, wenn man anderseits dazu übergeht, die Brücken zu den rechtsbolschewistischen Organisationen, den Faszisten, den Deutschvölkischen, immer fester zu schlagen. In den Spalten der Roten Fahne ist der alldeutsche Judenfresser Graf Reventlow ein für jeden Sozialisten höchst ungebetener Gast.

In einer Versammlung zu Stuttgart bezeichnete der führende Münchner Faszist Max Weber den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Remmele als einen der seinigen. In Jena fraternisierten Kommunisten gemeinsam mit einem der wüstesten Judenhetzer, dem Verfasser der „Sünde wider das Blut", Artur Dinter. In einer besonderen Anweisung werden Direktiven gegeben, wie unter den höheren Offizieren vom Schlage Lettow-Vorbecks Propaganda getrieben werden soll, um sie für die Dienste der Kommunistischen Partei zu gewinnen. Welche Gefahren die gegenwärtige Einstellung der Kommunistischen Partei gegenüber den Deutschvölkischen bereits angenommen hat, das zeigt erneut eine Rede die der oben genannte Remmele in Stuttgart hielt. Die Kommunisten hatten unsere Partei und die Faszisten gemeinsam zu einer großen Versammlung eingeladen. Die Stuttgarter VSPD. verzichtete großmütig auf diese neue Koalition, so daß sich nur Remmele und der deutschvölkische Führer Kaltenböck zusammenfanden. Remmele erklärte:

Ganz offen gestehe ich: Sogar mit Leuten, die Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, werden wir zusammengehen, wenn sie in unsere Reihen treten wollen.

Andererseits gestehe ich ferner ein, daß wir Leute, mit denen wir **noch gestern zusammenzugehen bereit waren** (Sozialdemokraten) und die uns heute Verräter nennen, **daß wir diese Leute morgen am Galgen aufhängen werden.**

Die uns **gestern** totgeschlagen haben (Marloh, Krüll usw.): sobald sie morgen kommen und sagen wir haben geirrt, **so werden wir sie in unsere Front einreihen.**

Trotz dieses Liebeswerbens erteilte der faszistische Redner einen Korb, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. „Uns trennt eine ungeheuere Welt," erklärte Kaltenböck, „darum gibt es für uns keine Gemeinschaft mit Ihnen." Aber er erklärte, daß der Rechts- und der Linksbolschewismus eine weite Strecke miteinander gehen könnten. Kaltenböck, der Führer der Faszisten, traf den Nagel auf den Kopf, als er das gemeinsame Kampfziel der vereinigten Kommunisten und Faszisten also formulierte:

Wir beide werden einmal hart auf hart zueinander stoßen. Vielleicht treffen wir uns bei dem einen gemeinsamen Ziel: **Kampf der Sozialdemokratie und der demokratischen Republik!**

Gegen die Sozialdemokratie, gegen die Republik, das waren auch die Ziele der nunmehr abgeblasenen Bewegung. Dabei Kommunisten und Faszisten Arm in Arm.

Wann endlich werden sich den Arbeitern die Augen öffnen?

Devisen-Kurse.

Berlin, 17. August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		16. August.	14. August.
Amsterdam	1 fl.	1183635,—	1460340,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	137685,—	165583,—
Kristiania	1 Kr.	494760,—	604485,—
Kopenhagen	1 Kr.	552615,—	682290,—
Stockholm	1 Kr.	799915,—	987525,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	82792,—	102442,—
Rom	1 Lire	107680,—	159660,—
London	1 £	13715625,—	16957500,—
Neuyork	1 Dollar	2992500,—	3690700,—
Paris	1 Frs.	165585,—	207480,—
Zürich	1 Frs.	542640,—	674310,—
Madrid	1 Pesetas	403987,—	508425,—
Wien	100 Kr.	4289,—	5286,50
Prag	1 Kr.	87666,—	109925,—
Budapest	100 Kr.	159,60	204,48

Vermischte Nachrichten.

Einen empfindlichen Denkzettel für Milchverfälschungen erhielten der Molkereibesitzer Paul Moldenhauer und seine Ehefrau von dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Beide wurden überführt, die von ihnen verkaufte Milch vorher entrahmt und dann als Vollmilch verkauft zu haben. Das Schöffengericht verurteilte jeden der beiden Eheleute zu 75 Millionen Mark Geldstrafe.

200 Bergarbeiter verschüttet. Man meldet aus Kemmerer im Staate Wyoming, daß durch eine Explosion 200 Bergarbeiter verschüttet wurden.

Massenunglück bei einem Stierkampf. Aus Marseille wird gemeldet: Bei einem Stierkampf in Fourques im Departement Gard stürzte eine Tribüne zusammen und begrub sämtliche Zuschauer unter den Trümmern. Nach langen Bemühungen gelang es, 6 Tote und 10 Schwerverletzte zu bergen.

Die Sonnenfinsternis in Mexiko. Am 10. September findet eine totale Sonnenfinsternis statt, die am besten in Mexiko sichtbar ist. Etwa zehn Expeditionen, die in der Hauptsache von Amerika ausgerüstet werden, sind bereits in Mexiko eingetroffen, um das Beobachtungsfeld vorzubereiten. Es handelt sich auch diesmal darum, die Einsteinsche Relativitätstheorie in bezug auf die Ablenkung des Lichtes nachzuprüfen. In der Nähe der Sonne werden sich während der Finsternis etwa 80 Sterne befinden, deren Ablenkungswinkel für jeden einzelnen von Professor Emanuelli vom vatikanischen Observatorium in Rom bereits berechnet sind. Die beiden Sonnenfinsternisse vom 29. Mai 1919 und 20. September 1922 haben die Theorie Einsteins voll bestätigt. Man sieht deshalb mit großen Erwartungen dem Ergebnis der Nachprüfung gelegentlich der diesjährigen Finsternis entgegen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Bei chronischer Stuhlverstopfung

raten wir Ihnen, 30 Gramm Herber-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1—2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10. (5390

Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passos

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

76. Fortsetzung.

Andrews ging langsam den Weg hinunter und fegte den Staub mit den Füßen hoch wie ein Schuljunge. An einer Wegbiegung warf er sich nieder ins Gras unter einen Akazienbaum. Der schwere Duft der Blüten und das Summen der Bienen, die trunken an den weißen Blüten hingen, machte ihn matt und schläfrig. Ein Wagen kam vorbei, von schweren, weißen Pferden gezogen. Ein alter Mann mit gebeugtem Rücken humpelte hinterher. Er gebrauchte seine Peitsche als Stock zum Gehen. Andrews sah, wie der Alte ihn mißtrauisch anschaute. Ein schwerer Schrecken durchfuhr ihn. Wußte der vielleicht, daß er Deserteur war? Der Wagen und der alte Mann waren schon an der Wegbiegung verschwunden. Andrews lag eine lange Weile, horchte auf das Rattern des Geschirrs, das in der Ferne langsam erstarb und ihn dann wieder ganz dem Summen der trunkenen Bienen in den Akazienblüten überließ.

Als er sich aufsetzte, bemerkte er, daß man durch ein Loch in der Hecke das Turmdach von Genevieve Rods Haus sehen konnte. Er erinnerte sich an den Tag, an dem er Genevieve zuerst gesehen hatte, an die jungenhaft verlegene Geste, mit der sie Tee eingegossen hatte. Würde er und Genevieve je einen Augenblick eine wirklich anständige Beziehung zu einander haben?

Plötzlich durchkroch ihn ein bitterer Gedanke: oder will sie mir einen zahmen Pianisten als Ornament für den Salon einer klugen jungen Dame haben?

Er sprang auf und begann wieder schnell zum Dorf hinüber zu gehen. Ich werde sie gleich aufsuchen und all das endgültig regeln. Die Dorfuhr hatte begonnen zu schlagen. Die klaren Töne vibrierten deutlich über den Feldern. Zehn.

Bei seiner Rückkehr ins Dorf begann er über sein Geld nachzudenken. Sein Zimmer kostete zwanzig Franken die Woche. In der Tasche hatte er noch 124 Franken. Nachdem er all seine Taschen nach Silbergeld durchsucht hatte, fand er noch drei Franken und einen halben. Einhundertundsiebenundzwanzig Franken 50. Wenn er mit 40 Franken die Woche auskommen könnte, würden noch drei Wochen bleiben, um den „Leib und die Seele von John Brown" auszuarbeiten. Nur drei Wochen. Und dann mußte man Arbeit finden. . . . Jedenfalls muß man Henslowe schreiben. Geld zu schicken. Es war nicht die richtige Zeit, um Feingefühl zu bekunden. Alles hing davon ab, Geld zu haben. Er schwor es sich selbst zu, daß er drei Wochen arbeiten werde, daß er den Gedanken, der in ihm war, formen und niederschreiben werde, was auch geschehen möge. Er durchsuchte sein Gedächtnis nach irgend jemand in Amerika, dem er wegen Geld schreiben könne. Gespenstisch ergriff ihn das Gefühl der Einsamkeit. Und Genevieve — wird auch sie ihn im Stich lassen?

Genevieve kam gerade aus der Tür des Hauses, als er den Vorgarten am Wege erreichte. Sie lief ihm entgegen:

„Guten Morgen. Ich komme gerade, Sie zu holen."

Er ergriff ihre Hand und drückte sie stark.

„Wie lieb von Ihnen."

„Aber Jean, Sie kommen ja gar nicht aus dem Dorf?"

„Ich habe einen Spaziergang gemacht."

„Wie früh Sie aufgestanden sind."

„Sehen Sie, die Sonne geht gerade vor meinem Fenster auf und scheint auf mein Bett. Deswegen stehe ich früh auf."

Sie schob ihn durch die Tür hinein. Sie gingen durch die Halle in ein langes, hohes Zimmer, in dem ein Flügel stand und viele alte Stühle mit hohen Lehnen und vor den französischen Fenstern, die nach dem Garten hinausgingen, ein runder Tisch aus schwarzem Mahagoni, auf dem verstreut Bücher lagen. Zwei große Mädchen in Musseline standen neben dem Piano.

„Das sind meine Cousinen. Hier ist er endlich."

„Monsieur Andrews — ma cousine Berthe — ma cousine Jeanne. Jetzt müssen Sie uns was vorspielen. Alles, was wir kennen, ist uns schon zu Tode langweilig."

„Gut. . . . Aber ich muß noch sehr viel mit Ihnen nachher sprechen," sagte Andrews leise.

Genevieve nickte verstehend.

„Wollen Sie uns nicht die Königin von Saba spielen, Jean?"

„Oh ja, spielen Sie das!" zwitscherten die Cousinen.

„Wenn Sie nichts dagegen einzuwenden haben, werde ich lieber etwas von Bach spielen."

„Dort drüben in der Ecke sind sehr viele Sachen von Bach," sagte Genevieve. „Es ist fast lächerlich. Alles hier im Hause ist mit Musik vollgestopft."

Sie beugten sich zusammen über die Truhe, so daß ihr Haar über Andrews Wangen strich. Die Cousinen blieben am Piano stehen.

„Ich muß bald mit Ihnen allein sprechen," flüsterte Andrews.

„Gut," sagte sie, und ihr Gesicht wurde rot, und sie beugte sich tiefer über die Truhe.

Auf den Noten lag ein Revolver.

„Sehen Sie sich vor; er ist geladen," sagte sie, als er ihn aufhob.

Er sah sie forschend an.

„Ich habe noch einen in meinem Zimmer. Meine Mutter und ich sind hier oft allein, und außerdem habe ich Schußwaffen gern. Sie nicht?"

„Ich hasse sie," murmelte Andrews.

„Hier sind Sachen von Bach."

„Gut. . . . Hören Sie, Genevieve," sagte er plötzlich. „Borgen Sie mir den Revolver auf einige Tage. Ich werde Ihnen später sagen, was ich damit will."

„Gewiß, aber seien Sie vorsichtig; er ist geladen", erwiderte sie und ging hinüber zu dem Klavier mit zwei Bänden unter dem Arm.

Andrews schloß den Schrank und folgte ihr, plötzlich sehr heiter.

Er öffnete einen Band: „An einen Freund, um ihn davon abzubringen, eine Reise zu unternehmen."

Er begann zu spielen und legte all seine Kraft in die Töne. Bei einem Pianissimo hörte er, wie eine Cousine zur anderen flüsterte: „Qu'il a l'air interessant!"

„Farouche, n'est-ce-pas? Genre revolutionair", erwiderte die Andere. Dann bemerkte er, daß Madame Rod ihn anblickte.

„Mais ne vous derangez pas."

Ein Mann mit weißen Flanellhosen und Tennisschuhen und ein anderer in Schwarz mit einem spitzen grauen Bart und lustigen grauen Augen waren ins Zimmer getreten. Hinter ihnen kam eine dicke Frau in Hut und Schleier, mit langen weißen Zwirnhandschuhen. Es wurde vorgestellt. Andrews gute Stimmung ebbte ab. All diese Leute verstärkten die Mauer zwischen ihm und Genevieve. Wenn auch immer er sie anschaute, immer trat irgendein gutgekleideter Mensch vor sie mit einer höflichen Geste. Er fühlte sich in einen Ring gutangezogener Konventionen gefangen, die ihn umtanzten mit grotesken Gesten der Höflichkeit. Während des Lunches fühlte er den verrückten Wunsch, aufzuspringen und zu schreien: „Schaut mich an, ich bin Deserteur! Ich bin unter den Rädern eures Systems! Wenn es eurem System nicht gelingt, mich zu töten, dann wird es eben geschwächt sein. Dann wird es weniger Kraft haben, andere zu töten."

Man sprach über seine Demobilisation und seine Musik. Er fühlte sich zur Schau gestellt. „Aber die wissen ja nicht, was sie zur Schau stellen", sagte er zu sich selbst mit einer bitteren Freude.

Nach dem Lunch gingen sie hinaus in die Weinlaube, wo der Kaffee gereicht wurde. Andrews saß schweigend, hörte nicht auf das Gespräch, das um Empirenöbel und die neuen Steuern ging, starrte hinauf in die breiten, sonnig gefleckten Blätter des Weinlaubes, erinnerte sich daran, wie die Sonne und der Schatten um Genevieves Haar getanzt hatten, als er in der Laube am Tage vorher mit ihr allein gewesen war. Heute saß sie im Schatten, und ihr Haar war rötlich und stumpf. Die Zeit zog sich wie eine Ewigkeit hin. Endlich stand Genevieve auf.

„Sie haben mein Boot noch nicht gesehen," sagte sie zu Andrews. „Wir wollen ein wenig rudern gehen. Ich werde rudern."

Andrews sprang auf.

„Seien Sie vorsichtig, Monsieur Andrews; sie ist furchtbar unvorsichtig!" rief Madame Rod.

„Sie waren zu Tode gelangweilt," meinte Genevieve, als sie draußen über die Straße gingen.

„Nein, aber all die Menschen schienen neue Wälle zwischen Ihnen und mir aufzurichten. Es sind schon genügend da."

Sie sah ihm einen Augenblick scharf in die Augen, sagte aber nichts.

Sie gingen langsam weiter, bis sie an ein altes, flaches Boot, das grün angemalt war, herankamen.

„Wahrscheinlich wird es untergehen. Können Sie schwimmen?" fragte sie lachend.

Andrews lächelte und sagte mit steifer Stimme: „Ich kann schwimmen. Durch Schwimmen erreichte ich meine Entlassung aus der Armee."

„Was bedeutet das?"

„Als ich desertierte."

„Als Sie desertierten?"

Genevieve beugte sich hinüber, um das Boot ins Wasser zu ziehen.

Ihre Köpfe berührten sich fast. Sie zogen das Boot ins Wasser und schoben es halb in den Fluß hinaus.

„Und wenn man Sie erwischt?"

„Dann wird man mich erschießen. Vielleicht aber, da der Krieg jetzt vorbei ist, bekomme ich nur lebenslängliches Gefängnis, oder vielleicht auch nur zwanzig Jahre."

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Achter Nachtrsg

zum Tarif für die Schlepplöhne vom 3. Februar 1923, die bei Benutzung der vom Staate Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schleppdampfer auf dem Elbe-Trave-Kanal zu entrichten sind.

(Veröffentlicht am 17. August 1923.)

Der Senat hat beschlossen und verordnet hierdurch:

Zu den Sätzen des Tarifs für die Schlepplöhne vom 3. Februar 1923, die bei Benutzung der vom Staate Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schleppdampfer auf dem Elbe-Trave-Kanal zu entrichten sind, werden vom 20. August 1923 ab Zuschläge in Höhe von 27 900 v. H. erhoben. Mit dem gleichen Tage wird der siebente Nachtrag vom 11. August 1923 aufgehoben.

Veröffentlicht Lübeck, auf Beschluß des Senates vom 16. August 1923.

5417) Der Senat.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise:	ab 18. August	ab 23. August
a) Einzelfahrscheine:		
bis zu 2 Zonen	M. 30 000.—	M. 40 000.—
für 3 u. 4 Zonen	M. 45 000.—	M. 60 000.—
für 5 u. mehr „	M. 60 000.—	M. 80 000.—
b) Monatskarten:		
bis zu 2 Zonen		
2malige Fahrt	M. 1 300 000.—	M. 1 700 000.—
4malige Fahrt	M. 2 400 000.—	M. 3 200 000.—
für 3 u. 4 Zonen		
2malige Fahrt	M. 1 900 000.—	M. 2 500 000.—
4malige Fahrt	M. 3 600 000.—	M. 4 800 000.—
für 5 u. mehr Zonen		
2malige Fahrt	M. 2 500 000.—	M. 3 300 000.—
4malige Fahrt	M. 4 800 000.—	M. 6 400 000.—

Die sich für diesen Monat ergebende **Nachzahlung für Monatskarten** errechnet sich wie folgt:

Durchschnittspreis		bis zu 2 Zonen	für 3 u. 4 Zonen	für 5 u. mehr Zon.
2mal. Fahrt	M.	960 000	1 400 000	1 800 000
bezahlter Preis	M.	220 000	600 000	380 000
Nachzahlung	M.	740 000	1 100 000	1 420 000
Durchschnittspreis				
4mal. Fahrt	M.	1 800 000	2 650 000	3 500 000
bezahlter Preis	M.	400 000	560 000	720 000
Nachzahlung	M.	1 400 000	2 090 000	2 780 000

Die Nachzahlung hat in der Zeit vom 18. bis 21. ds. an unserer Hauptkasse, Mengstr. 26, Zimmer 3, zu erfolgen. Karten, für welche eine Nachzahlung nicht geleistet wird, haben ab Mittwoch, dem 22. ds. Mts., keine Gültigkeit mehr.

c) **Jugendfahrscheine** in Bündeln von 15 Stück
M. 225 000.— M. 300 000.—
M. 30 000.— M. 40 000.—

Es haben Gültigkeit: Die Jugendfahrscheine, Fahrkarten für Behörden und die Karten für Schwerbeschädigte der
Serie 15 bis einschl. 20. August 1923
„ 16 „ „ 24. „ 1923
und hat der Umtausch:
a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Roeckstraße Nr. 49a oder durch Brief.
b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3,
c) der Karten für Schwerbeschädigte, bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte gegen Serie 16 bezw. 17. zu erfolgen.

Lübeck, den 16. August 1923.

5405 **Städtische Betriebe.**

Bekanntmachung.

1. Die im § 2 der Verordnung, betr. Erhebung einer Kurtaxe im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde vom 31. Mai 1922 festgesetzte Kurtaxe wird vom 17. August ab für den Bezirk Neu-Travemünde einschließlich Fehlingstraße, Neustraße und Vorderreihe bis zur Rose für jeden Fremden und jede Nacht seines Aufenthaltes auf 100 000.— Mark, für den übrigen Teil Travemündes auf Mark 50 000.— erhöht.

2. Die im § 1 des Gesetzes, betreffend Erhebung einer Gebühr für die Bescheinigung und Stempelung der Pässe und amtlichen Ausweise der im Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde vorübergehend sich aufhaltenden Ausländer vom 17. Mai 1922 festgesetzte Gebühr wird erhöht für eine Person auf Mark 200 000.—, für eine Familie auf Mark 400 000. (5365

Bekanntmachung.

Die von der Handelskammer zwecks Prüfung des Herganges der Gründung der **„Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft"** gemäß § 192 Abs. 2 und 3 des HGB bestellten Revisoren haben der Handelskammer eine Ausfertigung des von ihnen erstatteten Prüfungsberichtes eingereicht. Der Bericht liegt in der Registratur der Handelskammer zur Einsichtnahme aus.

Lübeck, den 15. August 1923. (5414

Die Handelskammer.

Teerhof.

Die Gebühren und Lagermieten sind vom 17. August ab weiter erhöht worden.

Lübeck, den 16. August 1923. (5403

Die Finanzbehörde.

Die Gebühr für Benutzung des Dreh-Krans ist vom 18. ds. Mts. ab erhöht.

Lübeck, den 16. August 1923. (5424

Die Baubehörde.

Die Gebühr für das Oeffnen der Dreh- und Hubbrücken außerhalb der Betriebszeit ist vom 18. August ab erhöht. (5425

Lübeck, den 16. August 1923.

Die Baubehörde.

Priwallfähre.

Tarif ab 18. August erhöht.

Lübeck, den 16. August 1923. (5395

Die Baubehörde.

Höchstpreis für Vollmilch ab 18. August 1923 M. 88 000.— je Liter.

Lübeck, den 17. Aug. 1923.

5428) Das Landesversorgungsamt.

Nichtamtlicher Teil

Zentralverband der Zimmerer.
Bezirk Schwartau.

(Verspätet.)

Am Sonntag starb infolge Unglücksfalles unser wertes Mitglied (5404

Heinrich Werner.

Ehre seinem Andenken!

(Beerdigung ist bereits erfolgt.)

Der Vorstand.

Einf. möbl. Zimmer an sol. Handw. zu verm. Bettwäsche muß geliefert werden. (5401
Beim Suinvikrug 2, I.

1 B. Reitstief., Gr. 48, 1 P. br. D.-Halbsch., Gr. 41/6, 1 Flur- od. Küchenlampe m. Arm, 1 deutsche Tiegerdogge, mittelgroß, sehr wachsam u. anhängl., ¾ Jahr in gut. Händ. z. vk. Burgtor-Baracke 8/39.

Weckgläser zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter **C 162** an die Exp. d. Bl. (5392

Konfirmanden-Anzug zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter **C 161** an die Exp. d. Bl. (5393

Blockwagenachse gefunden. Abzuhol. (5410 Vorwerk, Bogenstr. 2a, p.

Verloren eine Brieftasche mit Inhalt und Ausweispapiere. (5422 Abz. Am Brink 11.

Die sich von Tag zu Tag steigernde Arbeitsüberlastung veranlaßt uns zu der Erklärung, daß wir bis auf weiteres jede Haftung für pünktliche **Ausführung von Börsenaufträgen** in Wertpapieren und Devisen und für Irrtümer und Fehler bei den damit verbundenen Arbeiten, sowie Verzögerungen und Fehlleitungen von **Ueberweisungen, Gutschriften, Zahlungen, Zurverfügungstellungen** u. dergl. ablehnen müssen.

Ganz besonders bezieht sich dies auf etwaige Schäden, die wegen Geldentwertung und deren Folgen geltend gemacht werden.

Girozentrale Lübeck

Zweiganstalt d. Girozentrale Hannover
5421) **Oeffentliche Bankanstalt.**

N G
B. L. e. V.

Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Vorstand und Kontrollausschuß haben am 16. August in gemeinschaftlicher Sitzung den Beitrag für die beiden letzten Wochen im August festgesetzt. Danach zahlen am 18. und 25. August
Einzelmitglieder pro Woche . . . 20 000 Mk.
Haushaltungsvorstände unter
60 Jahre . . . . 50 000 Mk.
Haushaltungsvorstände über
60 Jahre . . . . 35 000 Mk.

Das Beitrittsgeld für Neueintretende ist auf den 12fachen Beitrag der auf den Beitrittsformularen verzeichneten Summen festgesetzt.

Rückständige Beiträge,
die nach dem 1. September bezahlt werden, sind in der Höhe des zurzeit gültigen Wochenbeitrages zu zahlen.

Beim Sterbefall kann der Vorstand Unterstützung gewähren
für das Mitglied und die Ehefrau
12 Millionen Mark
bei Kindern bis zu 1 Jahr . . . . Mk. 1 200 000
„ „ von 1 bis 4 Jahren . Mk. 1 800 000
„ „ „ 4 „ 6 „ . Mk. 2 400 000
„ „ „ 6 „ 10 „ . Mk. 3 600 000
„ „ „ 10 „ 14 „ . Mk. 4 800 000
„ „ „ 14 „ 18 „ . Mk. 6 000 000

Die fälligen Beiträge sind pünktlich zu zahlen. Neuanmeldungen erfolgen in der Geschäftsstelle Hundestraße 49/51. 5416

Torfstreu u. Torfmull
in Ballen, waggonweise und ab Lager
empfiehlt **Th. Häveker, Lübeck**
Fernsprecher 486, 1486.
Alleinvertreter des Torfstreu-Verbandes, Berlin. (5418

Wir sind billig!
Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.

Eleg. Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Joppen, Schlüpfer usw. elegante Damenschuhe, Halbschuhe, schwarz, Stiefel, Herrenstiefel, Arbeits- und Schaftstiefel, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjacken, Kleiderstoffe, Voiles, Frottés, Flanelle, Anzugstoffe, Buckskin, Inlett, Cheviots, Leinen, Betten, Aussteuer, Loden und Manchester,
5407) Hemdentuch usw.

Noch wirklich preiswerte Angebote!

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Ankauf von Gold-, Silb.-Bruch, Platin. (5388
Uhrmacher **Hübner**, **Fünfhausen 13.**

Künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne kauft ständig
Goldschmied Tollgreve
92 Königstraße 92
Kostenlose Auskunft.
5413

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Lübeck.

29jähr. Stiftungsfest
am Sonntag, dem 19. August 1923
im Gewerkschaftshaus.

Auftreten der Lübecker Saalmannschaft.
Preisschießen von morgens 9 Uhr an.

Kassenöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr.

5394) **Das Festkomitee.**

Wand- u. Fußbodenplatten
Adolf Borgfeldt. (5386

Elterngemeinschaft
Vorschuß- u. Kreditverein zu Lübeck
e. G. m. b. H.
liefert (5387
Möbel
Auskunft im Bureau
Hundestr. 49-51,
Hinterhaus I.

Ausgelass. Rindertalg und Speisefett
solange Vorrat reicht (5420
450 000 Mk.
W. C. Koeppke,
Klingenberg 3-4.

Zentral-Theater

Nur noch bis Montag

Maciste und der Hypnoseschwindel.
Abenteuer-Schauspiel in 5 Akten.

Lilly Humbrecht
Der Leidensweg einer Gießtochter.
Dramatisches Lebensbild in 6 Akten.

Die Jagd nach dem Dollar
Ein Wettrennen in 2 Akten.

5412)

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Kolosseum-Garten.
Heute Freitag, 7 Uhr:
LUSTIGER ABEND
bei **Hilde Möbius** und **Reinh. Wolf,**
veranstaltet von Reinh. Wolf
unter Mitwirkung von
Helene Matzinger
vom Hansa-Theater und
Robert Sulanke
mit seinem flotten, temperamentvollen Konzert- und Ball-Orchester.
Bei ungünstiger Witterung im Saale. (5406

Damen und Herren, die gewillt sind, einem
Geselligkeits-Klub
beizutreten, werden hiermit freundlich eingeladen, am Sonnabend, 8 Uhr im **Restaurant Pockenhof** zu erscheinen. (5409

Moislinger Baum.
Sonnabend, den 18. August 1923.
Ein
Sommernachtstraum
beim „Chosen-Klub"?
= BALL. =
Kabaratt / Gesang / Humor / Laternen-Polonaisen mit Tar-Tar-Musik.
Anfang 7 Uhr. **Ende ?**
Großmeister Hans Walter Stier.
Der Großmeister
5419) **und Chosenbrüder.**

KOLOSSEUM
Morgen Sonnabend:
Groß. Ball
Kassenöffn. 6½ Uhr. (5415
KLUB „KLOPFHOLZ"

BIOPHON
Spielplan vom 17.—23. August:
Die Geschichte einer Brettldiva
Marion.
Ein spannendes Sittendrama.
In der Hauptrolle:
Francesca Bertini.

Im Dunkel deiner Augen eingebettet
Ist eine Samtnacht, schwer u. schwül,
An die ich, aufgelöst und nur Gefühl,
Mit Herz und Seele bin verkettet.

Dann lächelt meine süße Puppe,
Dann droht sie schelmisch mit dem Finger,
Ich aber fang' ihn mit dem Munde
Und küss' des Fingers rosenrote Kuppe.

Das große amerikanische Sensations-Drama
Bill, der Waldläufer
Nervenaufregende Szenen von Anfang bis Ende. (5411
Ein reizendes Lustspiel:
Liserl's Traum
Thea Steinbrecher, August Junker.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
Ortsgruppe Kücknitz. (5397
Versammlung
am Sonnabend, 18. Aug. abends 7 Uhr
bei Dieckelmann.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte.
5390

Fledermaus
8 Uhr.

Hansa-Theater.
Nur noch **2** Aufführungen heute Freitag u. morgen Sonnabend 8 Uhr:
Der sensationelle Erfolg
„Die Entlassung"
Kaiser Wilhelm II.—Bismarck-Drama in 3 Akten von Emil Ludwig.

Ab Sonntag, d. 19. Aug. 8 Uhr: (5400
Novität! Novität!
„Die galante Nacht".
Ein Abenteuer in 3 Akten von Max Bachwitz.

Stadttheater Lübeck.
Sonnabend, 7.30 Uhr: Volksbühne: **Fatinitza.**
Sonntag, 7.30 Uhr: **Cavalleria rusticana, Bajazzo.**

Letzter Tag Sonnabend **Theaterabonnementsausgabe** an der Theaterkasse vorm. von 9 bis 1 Uhr und nachm. von 3 bis 6 Uhr. (5402
Hebung der 1. Rate für die Volkst. Konzerte nachm. von 3—6 Uhr.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Freitag, 17. August 1923. Nummer 191.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 17. August.

Der Butter- und Milchpreis.

Milch in Lübeck 88 000 Mark.

zieht auch in der kommenden Woche an. Die Hamburger Notierungskommission setzte den Ladenpreis für Butter auf 980 000 und den für Milch auf 102 000 Mark fest. Begründet wird die Erhöhung damit, daß die vorwöchige Erhöhung der Butternotierung noch nicht ausreichend war, um einigermaßen gleichen Schritt mit anderen Märkten zu halten. Butter kostet in Deutschland die Hälfte des Weltmarktpreises.

Neue Straßenbahnfahrpreise

werden vom Sonnabend ab erhoben. Die Erhöhungen betragen zunächst 50 Prozent und vom 23. August ab 100 Prozent. Vom Sonnabend, dem 18. August, ab kostet eine Fahrt also 30 000, 45 000 und 60 000 Mk. und vom Donnerstag, dem 23. August, ab 40 000, 60 000 und 80 000 Mk. Sollte eine Stabilisierung der Verhältnisse in den nächsten Wochen eintreten, so wird es trotzdem nicht zu vermeiden sein, auch dann noch die Preise etwas erhöhen zu müssen. Auch in anderen Städten steigen die Straßenbahnfahrpreise rapid. Berlin erhebt seit dem 13. August 50 000 und 75 000 Mk., Hamburg einen Mindestfahrpreis von 30 000 Mk. und in Leipzig soll man nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." vom Sonnabend ab gar 160 000 Mk. bezahlen.

Die neuen Postgebühren.

Fernbrief 20 000, Ortsbrief 8000 M.

Der Postgebührenausschuß des Reichstages stimmte der Aenderung der gesetzlichen Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren zu. Die neuen Gebühren, die noch im August zur Einführung gelangen, stellen sich danach wie folgt:

Postkarten im Ortsverkehr 4000 M, im Fernverkehr 8000 Mark. Briefe im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm 8000 M, bis 100 Gramm 12 000 M, bis 250 Gramm 20 000 M, bis 500 Gramm 25 000 M; im Fernverkehr bis 20 Gramm 20 000 M, bis 100 Gr. 25 000 M, bis 250 Gramm 30 000 M, bis 300 Gramm 35 000 M. Drucksachen bis 25 Gramm 4000 M, bis 50 Gramm 8000 M, bis 100 Gramm 12 000 M, bis 250 Gramm 20 000 M, bis 500 Gr. 25 000 M, bis 1 Kilo 30 000 M. Geschäftspapiere bis 250 Gramm 20 000 M, bis 500 Gramm 25 000 M, bis 1 Kilo 30 000 M. Warenproben bis 100 Gramm 12 000 M, bis 250 Gramm 20 000 M, bis 500 Gramm 25 000 M. Mischsendungen bis 250 Gramm 20 000 M, bis 500 Gramm 25 000 M, bis 1 Kilo 30 000 Mark; Päckchen bis 1 Kilo 40 000 M Pakete bis 3 Kilo erste Zone 45 000 M, zweite Zone 90 000 M, dritte Zone 90 000 M, bis 5 Kilo 60 000 M, bezw. 120 000 M, bezw. 120 000 M. Zeitungspakete bis 5 Kilo 30 000 M, bezw. 60 000 M, bezw. 60 000 M. Postanweisungen bis 100 000 M 8000 M Gebühr, bis 1 000 000 M 12 000 M Gebühr, bis 2 000 000 M 20 000 M Gebühr; bis 5 Millionen M 25 000 M Gebühr; bis 10 Millionen M 30 000 Mark Gebühr; bis 20 Millionen M 40 000 M Gebühr; bis 30 Millionen M 50 000 M Gebühr; bis 50 Millionen M 60 000 M Gebühr. Postscheckgebühren bis 100 000 M 2000 M Gebühr; bis 1 Million M 3000 M Gebühr; bis 2 Millionen M 5000 M Gebühr; bis 5 Millionen M 6000 M Gebühr; bis 10 Millionen M 8000 M Gebühr; bis 20 Millionen M 10 000 M Gebühr; bis 30 Millionen M 12 000 M Gebühr; bis 50 Millionen M 20 000 M Gebühr. Telegrammgebühren im Fernverkehr Grundgebühren 32000 M, Wortgebühr 10000 M; im Ortsverkehr Grundgebühren 16 000 M, Wortgebühr 8000 M; Pressetelegramme wie Telegramme im Ortsverkehr. Fernsprechgebühren: Grundgebühren, Ortsgesprächsgebühren, Ferngesprächsgebühren 999 900 Proz. (bisher 49 900 Proz.)

Tarifänderungen am 1. und 16. eines Monats.

Der Reichstagsausschuß für Post und Telegraphenwesen beschloß am Mittwoch eine grundlegende Aenderung der Postgebühren, die in Zukunft durch eine Grundzahl und eine Schlüsselzahl als Multiplikator errechnet werden sollen. Die Schlüsselzahl soll zunächst ermittelt werden aus einem Vergleich der Personalbezüge im Verhältnis zum 1. Juli 1914. Später soll als Meßzahl die Reichsindexziffer angewandt werden. Doch sollen so berechnete Tarifiestsetzungen in der Regel nur zum 1. oder 16. eines Monats in Kraft treten. Als Grundzahl für die Postkarte des Ortsverkehrs wird 0,02 Mk., des Fernverkehrs 0,04 Mk., also nicht ganz die Vorkriegsgebühr angenommen. Beim einfachen Fernbrief wird jedoch von 10 Pfennig ausgegangen.

Schluß der Baugewerkschule. Mit einer Feier in der Aula des Johanneums wird heute nachmittag die Baugewerkschule geschlossen. Eine Ausstellung von Schülerarbeiten wurde in der Turnhalle des Johanneums veranstaltet. Die Ausstellung ist noch am Sonnabend und Sonntag von 10—1 Uhr und 3—5 Uhr geöffnet.

Der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine beschloß in seiner letzten Mitgliederversammlung die Gründung einer Glasschutzkasse auf Gegenseitigkeit und den Anschluß an den Deutschen Glasschutzverein (Sitz Charlottenburg). Nach mehrjähriger Erfahrung erreichten die vierteljährlich zur Erhebung gelangenden Umlagen dieser Kasse erst etwa 10—12 Proz. der Prämiensätze, welche gleichzeitig von den Versicherungs-Erwerbsgenossenschaften gefordert wurden. Ein Quadratmeter Spiegelglas kostete Anfang August bereits 7 000 000 Mk. und die z. Z. von den Versicherungs-Erwerbsgenossenschaften erhobenen Prämien betragen 200 000 Mk. für ein Quadratmeter. Man verspricht sich von dieser Einrichtung große Ersparnisse für den Einzelnen.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Apenrade wegen Fahrraddiebstahls, sowie ein herumwandernder Arbeiter wegen Kartoffeldiebstahls. — Festgenommen wurde ein Postbote aus Salzungen, der beim hiesigen Postamt zur Aushilfe beschäftigt war und einen unbewachten Augenblick dazu benutzt hatte, aus einem Schranke für Wertsendungen einen Wertbrief mit 68 Millionen zu stehlen. Der Raub konnte ihm wieder abgenommen werden. — Ferner wurde ein Handlungsgehilfe aus Lügumkloster, der einen Wagen mit Pferd stehlen wollte, festgenommen. Er hatte hier den Führer des Fuhrwerks gebeten mitfahren zu dürfen. Als dieser noch eine Besorgung ausrichtete, fuhr sein Begleiter mit dem Fuhrwerk davon. Unterwegs wurde er aber angehalten und ihm das Fuhrwerk wieder abgenommen. — Ferner sind in den letzten Tagen mittels verschiedener Diebstähle ein Oelrock und eine Oelhose, eine silberne Herrenuhr mit Goldrand, ein Einsatzhemd, eine Brieftasche mit einer Million, silberne Eßlöffel und Teelöffel, Bettlaken, Strümpfe und Wurst, 11 Taghemden, 4 Nachthemden, 5 weiße Damen-Beinkleider, 2 wollene Unterröcke, ein weißer Unterrock, eine Bluse, ein großer Bettbezug, 2 Bettlaken, ein großes Tischtuch, 2 gewöhnliche Tischtücher gestohlen worden. — Aus einem Verkaufsladen an der Untertrave wurde eine größere Menge Schokolade, Pfeifen und Seifen usw. mittels Einbruchs gestohlen.

Der neueste Verfassungsbruch!

Dr. L. Lübeck, 17. August.

Wenn den bürgerlichen Parteien oder der bürgerlichen Presse irgend etwas unangenehm auf die Nerven fällt, so ist es selbstverständlich ein „Verfassungsbruch". Mindestens zehnmal im Laufe des letzten Jahres hörte man es wie heiseren Rabenschrei: Diktatur — Verfassungsbruch. Der Schrei verhallte und das Gelächter blieb. Die Verfassung aber hat bisher keinen Schaden genommen.

Selbstverständlich war nun auch die Einsetzung der „Vereinigung Republik" ein „Verfassungsbruch". Kinder muß man ausheulen lassen, wenn ihnen etwas sehr unangenehm war. Bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung können sie ja ihre Tränen trocknen; und sich dann mit dem Senat über diesen „neuesten" Verfassungsbruch unterhalten. Vielleicht wird ihnen der Senat die richtige Antwort geben; vielleicht — auch nicht. Uns kann das sehr gleichgültig sein.

*

Der bürgerlichen Presse ist im übrigen der Nachweis des Verfassungsbruches auch höchst gleichgültig. Viel wichtiger ist ihr ein anderes: der Nachweis, daß Dr. Leber doch an allem schuld sei. Daran ist nun einmal nichts zu ändern. Und wenn Herr Knie vom General-Anzeiger eines Morgens in Strecknitz aufwacht, so ist auch der Volksbote schuld. Nicht wahr, Herr Knie?

Es soll „die Saat des Hasses" des Volksboten sein, die von Donnerstag bis Sonnabend aufgegangen ist. Wir befürchten tatsächlich, daß einige Leute reif sind für das vorgewärmte Wasser.

Man überlege bitte: Am Schluß einer Versammlung überfallen dreißig Polizisten einen Strom friedlicher Versammlungsbesucher mit Säbel und Gummiknüppel und richten ein halbes Hundert Menschen ganz übel zu. Wo liegt da der Haß? Auf Seite der Prügelnden oder der Verprügelten? Am Freitag knallt die Polizei hinter Drahthindernissen hervor in eine friedliche neugierige Menge. Zehn Verletzte zieren das Schlachtfeld: Frauen, Kinder und bürgerliche Herren, kaum ein Arbeiter ist dazwischen. Auf welcher Seite war auch diesmal der Haß? Bei den Niedergeknallten oder bei den Schützen? Uns scheint, daß eine Saat des Hasses bei der Polizei aufgegangen ist. Und die Polizei ist ein treuer Abonnentenstamm des „General-Anzeigers". Und weiter: Hat man bisher auch nur die geringste Ausschreitung der Arbeiterschaft bewiesen? Wo? Wo ist also die „Saat des Hasses" des Volksboten? Und noch weiter: Seit Jahren sind einige sozialdemokratische Führer keinen Augenblick vor Anrempeleien sicher. Hat man je gehört, daß ein bürgerlicher Politiker von Arbeitern belästigt worden wäre? Wo ist also die „Saat des Hasses"?

In Wirklichkeit ist das urteilslose Bürgertum, besonders das Kleinbürgertum, in geradezu übler und schmutziger Weise verhetzt. Und dazu gehört auch die Polizei, die großenteils gar kein proletarisches Empfinden hat. Leider sind diese Bevölkerungskreise politisch derartig rückständig und dumm, daß es selbst der dümmsten und plumpsten Lügnerei des „General-Anzeigers" ein leichtes ist, sie um das letzte bißchen Vernunft zu bringen.

*

Hat sich bisher ein bürgerliches Blatt die Mühe gemacht, auch nur versuchsweise den Gang der Ereignisse objektiv zu schildern? Sie veröffentlichten einfach den Polizeibericht. Leugnen mit ihm, was sie am nächsten Tag zugeben müssen. Haben Sie einen einzigen Augenzeugen bisher gehört? Als am Sonnabend die Polizei abrückte, da rückte auch Herr Knie ab.

*

Nur widerwillig gibt man zu, daß die „Vereinigung Republik" ihre Pflicht mit Ruhe und Umsicht getan hat. Und um ihr doch einiges anzuhängen, tischt man Lügen auf. Schon oft haben wir der bürgerlichen Presse empfohlen: Wenn sie in Gottes Namen das angeborene Bedürfnis hat, zu lügen, so soll sie wenigstens nicht allzu dumm lügen.

Eine Streifwache der „Vereinigung Republik" soll ein Mitglied des Heimschutzes verhaftet und dem Kommunisten Roß vorgeführt haben. Herr Roß wird sehr erstaunt gewesen sein, als er das gelesen hat. Aber wenn dem „General-Anzeiger" jemand erzählt hätte, die „Vereinigung Republik" hat Kindern die Hände abgehackt und sie dem Schah von Persien vorgeführt, er würde es auch veröffentlichen. Und die Spießbürger würden es auch glauben.

*

Von der St.-Jürgen-Wache wird behauptet, daß der Führer verhaftet, die Türen erbrochen und allerlei gestohlen sei. Vorerst sei festgestellt, daß der Führer dieser Wache ein Hauptmann Machleit ist, der es im Laufe der Zeit fertig gebracht hat, daß diese Wache in der Polizei das „Große Hauptquartier" genannt wird.

Es ist wichtig, festzustellen, daß die Wache keineswegs ordnungsmäßig übergeben ist, sondern mehrere Stunden völlig verlassen und leer war. In der Zwischenzeit fuhr zweimal ein Auto vor, um durch das offene Fenster allerlei Gegenstände zu holen. Die Polizei selbst hat einen Teil der „gestohlenen" Sachen wieder gefunden. Andere Sachen sind auf der Hauptwache der „Vereinigung Republik" in Verwahrung. Im übrigen wird die Leitung der „Republik" zu den unglaublichen Beschuldigungen selbst Stellung nehmen.

In allen anderen Wachen wurden alle vorgefundenen Sachen ordnungsmäßig nach Liste wieder übergeben. Sogar die halb- und ganz gefüllten Kümmelflaschen!

*

Die bürgerliche Presse vergleicht das Vorgehen in Lübeck mit dem Vorgehen Noskes gegen die Plünderungen in Hannover. Leider vergißt man hinzuzusetzen, wo denn in Lübeck Plünderungen oder andere Unruhen vorgekommen sind. Es ist merkwürdig. Ueber das Tatsächliche redet in der bürgerlichen Presse kein Mensch. Man hetzt gegen den „Volksboten" und gegen die Sozialdemokratie!" Das ist alles!

*

In den „Lübeckischen Anz." wird der Austritt der Polizeibeamten aus der sozialdemokratischen Partei angekündigt. Sozialdemokrat sein, heißt eine Ueberzeugung haben! Wem diese Ueberzeugung fehlt, der möge austreten. Im übrigen hat die sozialdemokratische Partei in den letzten Tagen so viele Neueintritte, daß ein paar Dutzend Austritte zehnfach aufgewogen sind.

Trotzdem bedauern wir, daß die Lübecker grüne Polizei durch eine absolut unfähige Führung in ihre nicht sehr angenehme Lage kam. Wobei es dann einigen faschistischen Hetzern leicht wurde, die vielen Urteilslosen in Verwirrung zu bringen. Wir sind über die Vorgänge in der Sipo genau unterrichtet. Es sind noch sehr viele Beamte dazwischen, die sich ihren gesunden Menschenverstand bewahrt haben. Es wird gerade über die Vorgänge in der Polizei jetzt noch einiges zu sagen sein. Die blaue Polizei hat ihre Niederlage selbst verschuldet. Auch sie wird die Folgen ihrer Taten auf sich nehmen müssen.

Der nächste Montag wird manchem die Augen öffnen. Ueber die Zustände, wie sie in der Polizei, besonders der blauen eingerissen sind. Auch der Senat hat seit dem letzten Montag schon sehr umgelernt; gerade der Bürgermeister hat das in einer Unterredung zugegeben.

Die bürgerliche Presse allerdings wird niemals umlernen.

*

Unsere Forderungen und die Antwort des Senats veröffentlichen wir nachstehend im Wortlaut:

Sozialdemokratischer Verein
für den Wahlkreis Lübeck. Lübeck, 14. August 1923.

An den
Senat der freien und Hansestadt Lübeck
Lübeck.

Durch die gestrige Veröffentlichung des Senates in der bürgerlichen Presse wurde der Ausschuß der Partei und der Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen gestellt. Den Abmachungen entsprach dieses nicht. Wir hatten dadurch nicht mehr die Gelegenheit, Forderungen, die sich aus der veränderten Lage ergeben hatten, zu klären. Wir unterbreiten deshalb dem Senat diese Forderungen nachträglich.

1. Wir fordern sofortige **Entlassung der schuldigen und verantwortlichen Offiziere und leitenden Beamten.** Insbesondere die Hauptleute v. Thaden und Schmidt und der Polizeiinspektor Hering sind sofort zu entlassen. Unsere Feststellungen haben die Schuld dieser Beamten zweifelsfrei ergeben. Aber selbst hiervon abgesehen, steht fest, daß diese Beamten für die ungeheuerlichen Vorgänge insofern verantwortlich sind, als sie die Befehlsgabe ausübten. Als geringste Genugtuung für die Ausschreitungen und das sinnlose Blutvergießen müssen wir deshalb ihre sofortige Entlassung fordern.

2. Wir fordern eine Zusage des Senates, daß er der **Aufhebung der Bannmeile** zustimme. Die zwecklose Absperrung der Bannmeile war der Hauptgrund der ganzen Zwischenfälle. Dem muß in Zukunft unter allen Umständen vorgebeugt werden.

Wir bitten den Senat, uns bis heute abend 6 Uhr seine Stellungnahme zu unseren Forderungen zu übermitteln.

gez. A. Haut. gez. Leber. gez. Chr. Thies.

Lübeck, den 14. August 1923.

An
den Ausschuß des Sozialdemokratischen Vereins
und der Gewerkschaften
in Lübeck.

Auf die Eingabe vom heutigen Tage wird im Auftrage des Senates ergebenst folgendes erwidert:

Der Senat vermag nicht einzusehen, inwieweit seine für die Allgemeinheit bestimmten und der gesamten hiesigen Presse gleichzeitig mitgeteilte gestrige Veröffentlichung getroffenen Abmachungen widersprochen hat. Ihm hat jede Absicht, eine etwa gewünschte weitere Klärung der Sachlage zu verhindern, völlig fern gelegen.

Zu den nunmehr gestellten Forderungen bemerkt der Senat folgendes:

1. Eine sofortige Entlassung der Beschuldigten, Polizeihauptleute von Thaden und Schmidt und Polizeiinspektor Hering muß der Senat ablehnen, weil er sich dadurch mit den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch setzen würde. Inwieweit ein Verschulden der betreffenden Beamten und demzufolge ein Grund zu ihrer Entlassung vorliegt, kann nur in einem Disziplinarverfahren festgestellt werden. Die genannten Beamten haben aus eigener Entschließung die Einleitung eines solchen Verfahrens gegen sich beantragt. Der Senat hat diesem Antrage entsprochen. Durch dieses Verfahren wird der bereits in Aussicht genommenen Untersuchung durch einen bürgerschaftlichen Ausschuß nicht vorgegriffen.

2. Was die Aufhebung der Bannmeile betrifft, so hat der Senat bereits heute vormittag das Polizeiamt angewiesen, bis zu der von ihm in Aussicht genommenen Aufhebung des Gesetzes über den befriedeten Bannkreis des Rathauses die Vorschriften des Gesetzes nicht in Anwendung zu bringen. Hiermit hat sich der Wortführer der Bürgerschaft einverstanden erklärt.

gez. Seitz.
Staatsrat.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Jungsozialistische Vereinigung! Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Vortrag über August Bebel vom Gen. H. — Montag, 20. August: Gen. Steinberg: In Erlangen. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vollzähliges Erscheinen ist Ehrenpflicht. H.

Stadttheater. Sonnabend für die Volksbühne: „Fatinitza". Sonntag wird: „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo" wiederholt.

Hansa-Theater. Die beiden letzten Aufführungen von „Die Entlassung" Kaiser Wilhelm II.—Bismarckdrama finden Freitag und Sonnabend 8 Uhr statt. Ab Sonntag 8 Uhr: Gastspiel der Berliner Rotterbühnen mit: „Galante Nacht". Ein Abenteuer in 3 Akten von Hans Bachwitz.

Angrenzende Gebiete.

P. Bad Schwartau. Sitzung des Stadtrats. Am Dienstag hatte sich der Stadtrat zu einer Sitzung zusammengefunden. Der Ortsausschuß des ADGB. und der Afa hatte die Gemeindevorstände aufgefordert, gemeinsam bei der Regierung in Eutin eine Sonderaktion für die Erwerbslosen einzuleiten. Die Regierung gab dieser Eingabe statt und am Montag versammelten sich Regierung, Landesvorstand und der Ortsausschuß Schwartau-Rensefeld, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Nach langen Regierungserklärungen, in denen der Präsident seine „väterliche Fürsorge" für die Erwerbslosen zu beweisen und mit schönen Worten den Magen dieser bedauernswerten Mitmenschen zu füllen versuchte (wie er es ja auf der südlichen Gemeindevertreterkonferenz in Bad Schwartau getan hatte, wollte man unsere Vertreter mit leeren Händen wieder nach Hause schicken. Gen. Ketelhohn gab dem Herrn Präsidenten recht derb die gebührende Antwort. Anscheinend hatte man im Eutiner Regierungsgebäude noch nichts vernommen von den kritischen Tagen innerhalb seiner nächsten Umgebungen. Der Herr Präsident glaubte, die Arbeiterführer müßten auf jeden Fall die hungrigen Erwerbslosen im Zügel halten können. Regierung und Landesvorstand zogen sich dann zurück, um zu unseren Forderungen Stellung zu nehmen. Bewilligt wurden für Erwerbslose mit zwölfiger Arbeitslosigkeit und 3 Kindern 3 000 000 Mk., mit zwölfiger Arbeitslosigkeit und

2 Kindern 2 000 000 Mk., Verheiratete ohne Kinder (8 Wochen erwerbslos) 1 000 000 Mk., Ledige (6 Wochen erwerbslos) 1 000 000 Mark. Unser Vertreter bemängelt die Sätze, denn in einem schuldenfreien Land, wie die Provinz Lübeck es tatsächlich ist, könnten die Lübecker Sätze ohne Schwierigkeiten zur Auszahlung kommen. Der Herr Präsident verspricht, die Mehrzahl der Erwerbslosen innerhalb 8 Tagen zur Erntearbeit bei der Landwirtschaft unterzubringen. (Wer das glaubt, wird selig werden.) Der Stadtrat nahm von der Verhandlung Kenntnis und verfügte, daß die genannten Summen am Donnerstag in Form von Gutscheinen ausgezahlt werden. Unsere Fraktion beantragte, den Minderbemittelten unserer Stadtgemeinde sofort zu helfen. Es sollen sofort Aufrufe an die Landwirtschaft erfolgen. Hoffentlich werden sie ihren Zweck nicht verfehlen. (Denn es darf nicht unerwähnt bleiben, daß bei den Lebensmittelsammlungen durch die Erwerbslosen die hiesige Landwirtschaft in dieser Zeit sich sehr mildtätig erwiesen hat.) Möge sie auch den Minderbemittelten mit vollen Händen geben. Denn es herrscht hier eine entsetzliche Not!

Schwartau. Ausgabe von Notgeld für den Landesteil Lübeck. Der Landesverband unseres Landesteils gibt jetzt Gutscheine über 1 Million und 5 Millionen Mark in beschränktem Umfange heraus. Die Zahlungsmittelknappheit der letzten Tage hat auch hier zu Zuständen im Wirtschaftsleben geführt, die nicht so weiter gehen können. Für die Gutscheine verbürgt sich der Landesverband mit seinem ganzen Vermögen und seiner ganzen Steuerkraft. Die Gutscheine werden nur in einem Umfange in Umlauf gesetzt, als sofort realisierbares Vermögen vorhanden ist. Die Gutscheine können daher im Bezirk des Landesteils Lübeck als offizielles Zahlungsmittel gelten, bis die Reichsbank in der Lage ist, die nötigen Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Sodann werden die Gutscheine von der Provinzialbank in Eutin sofort gegen Reichsbanknoten eingetauscht.

Grevesmühlen. Infolge Brandstiftung wurde der in der Nähe gelegene Hof Klüschow eingeäschert. Mitverbrannt sind acht Fuder Raps, ein Pferd, zwei Bullen, 30 große Kälber und fast sämtliche Hühner.

Hamburg. Schwerer Eisenbahnunfall. Donnerstag morgen gegen 6,37 Uhr stießen auf dem Bahnhof Hamburg-Süd zwei Maschinen, die sich in einer Fahrtrichtung bewegten, in einer Weiche zusammen. Hierbei entgleiste eine Maschine; beide Maschinen wurden arg beschädigt. Die auf Trittbrettern auf einem der Wagen stehenden Rangierer Pauls und Tschetschel wurden mit den Beinen festgeklemmt und mußten mit Hilfe der Feuerwehr aus ihrer furchtbaren Lage befreit werden. Die beiden Männer sind schwer verletzt und wurden ins Hafenkrankenhaus gebracht.

Harburg. Woher die hohen Fleischpreise kommen. Die Hamburger Polizei hat zwei Viehhändler aus Buchholz entlarvt, die ohne Erlaubnis Großhandel und Preistreiberei trieben. Es ist festgestellt worden, daß die beiden Händler beim Verkauf von 5 Kälbern nicht weniger als 17 Millionen Mark verdient haben. Durchweg haben die Händler beim Verkauf der Tiere in Hamburg drei Fünftel bis vier Fünftel auf den Einkaufspreis draufgeschlagen. Sie reden sich mit großen Unkosten heraus. Bei dem Verkauf von zwei Pferden sind 15 Millionen Mark verdient worden.

Wilhelmsburg. Ausnahmezustand in Wilhelmsburg und Harburg. Der Ausnahmezustand ist über Wilhelmsburg verhängt worden.

Behördliche Abneigung gegen den Landarbeiterverband.

Die „unparteiische" Regierung in Schleswig.

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben:

Wenn jemand behaupten wollte, daß die Regierung Schleswig nicht gewissenhaft arbeitet, dann wird er sicher durch nachstehendes Schreiben eines Besseren belehrt:

Der Regierungspräsident. Schleswig, den 12. Juni 1923.

Nach einer von mir eingeholten unparteiischen Schätzung sind folgende ländliche Arbeiterverbände im Kreise Herzogtum Lauenburg vertreten: 1. Zentralverband der Landarbeiter (christlich national) mit schätzungsweise 182 Mitgliedern; 2. der Schleswig-Holsteinische Landarbeiterbund mit etwa 280 Mitgliedern; 3. der sozialdemokratische Landarbeiterverband: Zahl der Mitglieder schätzungsweise 250—300.

Bei den Zahlenangaben sind lediglich die Arbeiter auf den Gütern berücksichtigt. Diese Zahlen werde ich vorerst bei etwaiger Berufung von Beisitzern für die Landw. Spruchkammer in Ratzeburg zugrunde legen. Ich bemerke dabei, daß nur die Berufung der ständigen Beisitzer mir obliegt, während die unständigen vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses selbständig berufen werden. Den Schleswig-Holsteinischen Landarbeiterbund von der Stellung von Beisitzern auszuschließen, habe ich keine Veranlassung.

Im Auftrage usw.

An den Deutschen Landarbeiterverband
in Kiel, Gewerkschaftshaus.

Wenn Fritz Reuter dieses Schreiben gelesen hätte, würde er sagen: „Daß du die Nase ins Gesicht behältst." Wir sind wirklich gespannt, ob uns die Regierung in Schleswig in der Oeffentlichkeit verraten wird, wer wohl dieser „Unparteiische" gewesen ist, der diese so wunderbare unparteiische Auskunft gegeben hat. Es ist eigentlich schade, daß die polizeilichen Vorkriegsbestimmungen gefallen sind, wonach jede gewerkschaftliche Organisation ihre Mitgliederliste bei der Polizei einreichen mußte. Dann brauchte man nicht erst einen Unparteiischen zu befragen, der in Lauenburg feststellt, wieviel Mitglieder der sozialdemokratische Landarbeiterverband hat. Wir haben gerade zum Quartalsabschluß unsere Abrechnungen vom Kreise Lauenburg erhalten und stellen fest, daß wir in 30 Ortsgruppen 1231 Mitglieder vereinigen. Im vorhergehenden Quartal war die Mitgliederzahl noch etwas höher, aber durch die wunderbare Taktik des Herrn Kelb (Vertreter des Pommerschen Landbundes), der, um Mitglieder zu gewinnen, mit einigen Arbeitgebern einen Vertrag abgeschlossen hatte, nach welchem die Landarbeiter noch einige Zentner Getreide mehr bekommen, sind uns einige Mitglieder untreu geworden. Wir stehen mit der Regierung in Schleswig und dem Schlichtungsausschuß Lübeck seit etwa einem Jahre in Briefwechsel wegen Besetzung der Landwirtschaftlichen Spruchkammer. In allen Kreisen Schleswig-Holsteins ist die Angelegenheit auf dem einfachen Wege geregelt worden, indem sämtliche ständigen wie unständigen Beisitzerposten der Deutsche Landarbeiterverband inne hat. Nur im Kreise Lauenburg bereiten man uns Schwierigkeiten. Dieser Kreis ist der einzige in der ganzen Provinz, wo der Zentralverband der Landarbeiter einige Mitglieder hat. Einige Arbeitgeber, bei denen Herr Kelb ein und aus ging, haben sich ganz besonders für diesen Zentralverband interessiert, und um ihm zu Mitgliedern zu verhelfen, schloß man einen Tarifvertrag mit Lieferung von jährlich 42 Zentnern Deputat- und 4 Liter Milch pro Tag ab. Wie seinerzeit der Provinzialtarifvertrag vom Deutschen Landarbeiterverband mit 30 Zentnern Korn jährlich und 3 Liter Milch pro Tag abgeschlossen war, schrieb man in einer Reihe Provinzblättern, dieser Tarifvertrag mit seinen wahnsinnigen Deputaten sei abgeschlossen unter der Leitung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Kürbis. Man wollte jedenfalls dem Herrn Oberpräsidenten damit sagen, daß, wo die Lebensmittel in der Stadt so knapp seien, er seine Hand dazu gereicht hätte, der städtischen Bevölkerung durch Abschluß eines so hohen Tarifs noch mehr Lebensmittel zu entziehen. Ueber den Tarif, den der Zentralverband mit noch höheren Deputaten abgeschlossen hatte, regte sich kein Mensch auf.

Trotz alledem ging dieser Verband in kürzester Zeit wieder in die Brüche, weil Herr Kelb sich den Pommerschen Landbundherren in die Arme geworfen hat und darauf ein Ableger dieses Gebildes nach dem Kreise Lauenburg verlegt wurde. Die 182 Mitglieder, die der Zentralverband nach Angabe des „Unparteiischen" haben soll, liefen zum Schleswig-Holsteinischen Landarbeiterbund. Da sie nach kurzer Zeit einsahen, daß sie dort auch nichts erreichen konnten, kehrten sie teilweise zum Zentralverband zurück und traten teilweise zum Landarbeiterverband über, so daß die Zahlen, die in dem Schreiben der Regierung angegeben sind — 182 für den Zentralverband und 280 für den Landarbeiterbund — doppelt gezählt sind. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die 182 Mitglieder des Zentralverbandes, die innerhalb einiger Wochen zweimal hin und her gelaufen sind. Wo allerdings die 250—300 Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes hergekommen sind, ist uns wirklich ein Rätsel. Noch interessanter ist für uns die Mitteilung, daß der Herr Regierungspräsident keine Veranlassung hat, den Landarbeiterbund von der Besetzung der Landwirtschaftlichen Spruchkammer auszuschließen, trotzdem wir schon in einem Schreiben der Regierung mitgeteilt haben, daß das Reichsarbeitsministerium den Pommerschen Landbund nicht für eine tariffähige Organisation im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1918 hält. Dieses Schreiben ist vom Reichsarbeitsministerium unterm 23. Juli 1920 (gezeichnet Dr. Brauns) dem Abgeordneten Geisler übersandt worden, der als Vertreter dieser Arbeitnehmergruppen eine Anfrage an die Regierung gerichtet hatte, warum die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes nicht als Gewerkschaft anerkannt wird. Auch der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat in einer Bekanntmachung vom 15. April 1921 (gez. Dr. Röer) niedergelegt, daß die im Pommerschen Landbund vereinigten Arbeitnehmer vom Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nicht für tariffähig gehalten werden. In den Satzungen der Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände wird genau festgelegt, wer als tariffähige Gewerkschaft zu betrachten ist (siehe Nlatow „Kommentar zum Betriebsrätegesetz", Berlin 1921, Seite 28, 29).

Alles das scheint man aber in der Regierung Schleswig nicht zu wissen. Wir aber werden andere Wege zu finden wissen, um endlich auch die Landwirtschaftliche Spruchkammer so zu besetzen, wie es gerechterweise notwendig ist. Die Herren vom Pommerschen Landbund haben in der Spruchkammer absolut nichts zu suchen.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Kabale und Liebe. Ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich v. Schiller. „Nach der Vernunft gehören die Fürsten den Ländern; nach der Unvernunft gehören die Länder den Fürsten", schrieb Sarme im Ingrimm der eigenen schmerzlichen Erfahrung, er hätte hinzusetzen können „auch die Menschen" — dieser Joh. Gottfr. Sarme war einer von denen, von welchen Schillers Kammerdiener spricht: er war dem „damaligen großen Menschenmäkler", dem Landgrafen von Kassel in die Hände gefallen und wurde mit nach Amerika verschickt. — Diese Stimmung der anklagenden Kritik hat sich in Schillers Trauerspiel zu einem Zeitbild verdichtet von einer Glut der Verbitterung und einer Energie der verdammenden Entrüstung, wie sie keinen der zeitgenössischen Dichter durchbebten; und es ist mehr, die hinreißende Leidenschaft des Werkes hat an Kraft heute nach 140 Jahren nichts eingebüßt, man vergißt die kritischen Einwände, man bleibt im Banne dieser bedrückenden Welt, welche die Romantik der höfischen Welder abgestreift hat und in der wir die „Fraktur-Schrift des dramatischen Genius" bis zu der erschütternden Katastrophe des Schlusses spüren. — — — Der sich hier erstmalig einführende Regisseur Herr Dr. Fritz Andres hatte sich der Wiedergabe, wie viele Einzelheiten bewiesen, mit großer Sorgfalt angenommen, aber Hemmungen, die sich bei einem neu zusammenströmenden Ensemble immer einstellen werden, waren einer einheitlichen Stimmung nicht förderlich; einzelne Schauspieler waren noch nicht mit der Akustik des Hauses vertraut, ebenso sehr mußte man die Augen anstrengen: die Bühne blieb zeitweilig zu dunkel, und dann: der Gegensatz zu der bürgerlichen Welt war doch nicht scharf getroffen, es fehlte der Abstand, die eisige Hofluft; der Präsident, der Marschall (so gut die Einzelleistungen waren) stehen hoch über der bürgerlichen „Creatur", und Wurm war in der Dienststube zu wenig servil; so sehr er den Präsidenten verachtet, so wenig er ihn wohl ernstlich fürchtet, er bleibt dort die kriechende unterwürfige Bedientennatur, aber im Hause Miller wächst seine teuflische Gestalt — hier spielte der Darsteller (Herr Gernot) zu sanft und eindruckslos. Herr Warndorf lieh der Maske des Präsidenten wohlwollendes Lächeln, gut beobachtet, die lächelnden Schurken sind die schlimmsten; auch gehört dieser Schauspieler zu den guten Sprechern. Das gleiche Lob wäre Herrn Teubner zu sagen, der auch Uebertreibungen geschmackvoll vermied. Darsteller des Ferdinand, die das Schillersche Pathos überhitzen, wirken peinvoll; diesen Fehler vermied Herr Ullrich Arie; beeinträchtigte aber die gut angelegte Verkörperung seines Helden durch Undeutlichkeiten der Sprechweise. Bei der Luise des Fräulein Hela Gruel übersah man mit freundlichem Wohlwollen noch Schlacken des Anfängertums; daß sich die Künstlerin in die Empfindungswelt ihrer Gestalten noch feiner und sicherer einfühlen wird, dürfte nach dieser Probe wohl nicht zweifelhaft bleiben; schöne Stimmmittel, lebhaftes Mienenspiel und gute Bühnenerscheinung werden ihr die Aufgabe erleichtern. Die Lady Milford spielte Fräulein Lischke mit sicherem Geschmack. Herr Stengel gab als Musikus Miller eine geschlossene Gestalt kleinbürgerlicher Herrennatur; die Oppositionskraft, der Trotz und der Wille, auch in seiner kleinen Welt zu repräsentieren, kamen gut zum Ausdruck. Die jammervolle Spießbürgerlichkeit der Frau zeichnete Fräulein Hohenfeldt unaufdringlich nach. K.

Sport.

Tourenverzeichnis d. A. R. B. „Solidarität". (Ortsgruppe Lübeck). 26. 8.: Eutin. A. 8 Uhr: Warendorpplatz. Fw. 4 u. 1. 1. 9.: Rosenberg. A. 5 Uhr: Burgtorbrücke. Fw. 3 u. 4. 9. 9.: Poppenbüttel. A. 6 Uhr: Lindenplatz. Fw. 1 u. 2. 12. 9.: Mitgliederversammlung Gw. (5896

Trommler- und Pfeiferkorps (6. Bez.) Treffpunkt: Sonnabend, den 18. 8 28. 1 Uhr mittags, Lindenplatz. Weißer Anzug. Fahrgelder sind Freitag abend b. Lender abzuliefern. Jugendliche bei Genosse W., Schönböketerstr. 10, melden. P. W. (5413

Allerlei Wissenswertes.

Ehrung eines Deutschen in Japan. Am 11. d. Mts. sind hundert Jahre vergangen, seitdem der berühmte Forscher des japanischen Inselreichs, Philipp Franz von Siebold in Nagasaki zum erstenmal japanischen Boden betrat. Einer bayrischen Gelehrtenfamilie entstammend, deren Mitglieder sich besonders auf dem Gebiet der Medizin und Naturwissenschaft ausgezeichnet haben, wendete er sich demselben Studium zu und wurde 1820 in Würzburg Doktor der Medizin. Er trat sodann in die Dienste der holländischen Regierung und wurde als Militärarzt nach der Insel Java entsendet. Von hier wurde er von der niederländischen Regierung nach Japan geschickt, um die staatlichen und kulturellen Einrichtungen des bis dahin noch fast völlig unbekannten Inselreichs zu erforschen, mit dem die Niederlande in Handelsbeziehungen zu treten wünschten. Während eines mehr als sechsjährigen Aufenthaltes in Japan hat Siebold die geographischen, ethnologischen, naturkundlichen, aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes aufs gründlichste studiert und auch seinerseits durch Vorträge und persönliche Unterweisung zahlreiche Japaner mit europäischer Wissenschaft und Kultur bekannt gemacht. Nach seiner Rückkehr nach Europa hat er zahlreiche Bücher über Japans Sprachen, Kultur und Wirtschaft veröffentlicht und dadurch weiten Kreisen zuerst ein Verständnis für die ostasiatische Welt erschlossen. Später kehrte er noch zweimal nach dem so glänzender Zukunft berufenen Lande zurück und trug sich mit der Absicht, europäische Hochschuleinrichtungen dorthin zu verpflanzen. Doch kam es wegen der Ungunst der Umstände nicht zur Verwirklichung dieser weitausschauenden Pläne; Siebold starb in seiner Heimat, 71 Jahre alt, am 18. Oktober 1866. Am 11. August dieses Jahres, hundert Jahre nach dem Tage, an dem er zum erstenmal seinen Fuß auf japanischen Boden setzte, wird in Nagasaki eine Gedächtnisfeier zu Ehren des großen Forschers stattfinden, mit der auch eine Ausstellung seiner Werke und anderer Erinnerungsstücke sowie die Aufstellung seiner Büste in einem neuerrichteten, der Erinnerung an ihn geweihten Hause verbunden sein wird.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die Gebühren für Schornsteinfegen.

Ueber nichts ist man wohl mehr im unklaren als über die Gebühren für Schornsteinfegen. Während die Sätze und Preise für Müllabfuhr, Gas, Wasser usw. regelmäßig veröffentlicht werden, ist man hierbei nur auf die Erklärung der Schornsteinfeger angewiesen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ungefähr am 28. Juni wurde vom Schornsteinfeger die Quittung für die Zeit vom 15. Mai bis 30. Juni präsentiert. Anfang Juli kam er wieder mit der Quittung für die Zeit vom 1. Juli bis 15. August in Höhe von 15 400 Mk., und am 13. August verlangte er eine Nachzahlung von 18 000 Mk. für die letztgenannte Zeit. Es kann doch auf keinen Fall angehen, daß man eine Nachzahlung leisten soll für etwas, wofür man bereits im voraus, als die Arbeit noch garnicht geleistet war, bezahlt war. Ich richte daher an das Polizeiamt die Bitte, einmal an einem Beispiel zu zeigen, was die Schornsteinfeger zu verlangen haben und ob sie berechtigt sind, im voraus zu kassieren und Nachforderungen zu erheben. Dem Beispiel bitte ich ein Friedens-Schornsteinfegergeld von 8 Mk. pro Jahr zugrunde zu legen. -r.

Briefkasten.

W. M. Wenn die Bestellung zu festen Preisen angenommen worden ist, muß die Wäsche auch geliefert werden. Für die Abmachung eines Festpreises spricht auch die geleistete Anzahlung. Mehr zu bewilligen sind Sie nicht verpflichtet, falls die Verzögerung nicht auf Ihr Verschulden zurückzuführen ist. 10 000 Mk. für den Kampffonds.

Geschäftliches.

Die teuren Zeiten! So klagt heute jedermann und besonders jede sorgende, auf das leibliche Wohl der ihrigen bedachte Hausfrau. Es muß an allen Enden gespart werden. Ein gutes Prinzip ist es, nie unerprobte, angeblich billige Nachahmungen zu kaufen, sondern beim Alten, Bewährten zu bleiben. Dies gilt auch für die mit Recht so beliebte Maggi's Würze. Die echte Maggi's Würze ist sehr ausgiebig und hilft wirklich sparen.

Meuchelmord an der Arbeiterpresse.

Furchtbar ist die Lage, die durch die Geldentwertung geschaffen wurde. Die Kapitalistenklasse hat sich bei ihrer Preisgebahrung auf Goldwährung umgestellt. Der amerikanische Dollar ist der Wertmesser der deutschen Patrioten. Die Leidtragenden sind die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, deren Los man jetzt noch weiterhin zu verschlechtern sucht, indem die Arbeiterpresse gemeuchelt werden soll.

Die Papierfabrikanten, die Lieferanten alles andern Materials verlangen Goldzahlung. Die Papierfabrikanten sichern sich durch alle erdenkbaren Mittel die Zahlungen, ohne auch nur die Gewähr zu übernehmen, entsprechende Mengen Papier zu liefern. Nachdem das Kapital die Arbeiterklasse in ihrer Lebenslage maßlos schwächte, versucht man nun auch dem Sprachrohr der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeiterpresse, das Lebenslicht auszublasen. Dann beherrscht die kapitalistische Presse vom Schlage Stinnes restlos das Feld und zu der wirtschaftlichen Beherrschung des Proletariats kommt dann obendrein die geistige Bevormundung durch die Soldschreiber des Kapitals. Diese Entwicklung muß unter allen Umständen verhindert werden. Die Arbeiterpresse steht im Kampfe gegen Tausende von großkapitalistischer Seite gut fundierte Organe. Sie ist nur zu erhalten bei größter Opfermütigkeit der Arbeiterklasse.

Nachdem der „Lübecker Volksbote" bisher zu den billigsten Zeitungen Deutschlands gehörte, ist der Verlag gezwungen, den bisherigen Abonnementsbetrag um das Vielfache zu erhöhen. Mit dem heutigen Preise werden knapp die Unkosten gedeckt, die weitere Entwicklung ist kaum abzusehen. Tausende von Zeitungen sind bereits eingegangen oder haben ihre Erscheinungsweise beschränkt, ihren Umfang vermindert. Neue Einstellungen werden folgen müssen. Soll auch die Arbeiterpresse dazu gehören?

Die großkapitalistische Gewinnsucht, Wucher, Spekulation, Ausschweifung feiert aus der Volksnot wüste Orgien. Wollt ihr in diesem Moment eure wirksamste Kampfeswaffe zur Kritik und zum Kampf, zur Bildung der öffentlichen Meinung im Stiche lassen, wegen der Abonnements- und Inseratenpreishöhe?

Wiegt der ideelle und materielle Wert eines Monatsabonnements nicht mindestens ein Pfund Margarine auf? Mahnt eure jugendlichen Söhne und Töchter, die schon selbst verdienen, Abonnent des „Volksboten" zu werden, mit dessen Schicksal auch das eure steht und fällt. Haltet selbst trotz eurer eigenen Not eurem Blatt die Treue, das euch in allen bisherigen politischen und wirtschaftlichen Nöten Lehrer, Führer, Vorkämpfer war, ohne je Dank zu begehren. Bekämpft die kapitalistischen Orgien durch Bekämpfung der kapitalistischen Presse! Fördert Sozialismus und Republik durch das Festhalten und Ausgestalten an Lesern eurer eigenen Presse!

In diesen Schicksalstagen des deutschen Volkes muß die sozialdemokratische Presse erhalten bleiben.

Zahlt willig und schnell auch die erhöhten Abonnementsgebühren! Liefert Inserate, Druckaufträge, tätigt euren Schreibmaterialien- und Bücherankauf nur bei eurem Blatte!

Lest und verbreitet den

Lübecker Volksboten.